Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

34 (26.8.1949)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

KURZFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 34 — 4. Jahrgang | Lizenz-Nr. 1121 BO AA/Bel.Pr. | Konstanz/Bodensee, 26. August 1949 | Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Höhere Agrarproduktion

Die jetzt zu Ende gehende Woche brachte als wichtigstes Ereignis die Erklärungen Mc Cloys und des Marshallplan-Administrators Hoffman, die sich im wesentlichen deckten und wohl auch aufeinander abgestimmt waren. Gehen wir zunächst den vier Punkten Hoffmans nach.

Punkt 1: Als wesentliche Aufgabe für die Bundesregierung sieht Hoffman die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die gleiche Ansicht vertritt bekanntlich auch Schlange-Schöningen. Uns will diese Forderung nicht so ohne weiteres in den Sinn. Mögen auch die politischen Argumente dafür verschieden sein, wirtschaftlich bleibt gleich, daß wir diese Forderung auch im Dritten Reich gehört haben. Damals unter dem Gesichtspunkt der Autarkie und der ausreichenden Ernährung für den Kriegsfall, heute, um Devisen zu sparen insbesondere nach Ablauf des Marshallplanes. Wir sind aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht dafür, die Steigerung der landwirtschaftlichen Eigenerzeugung zu stark zu betonen. Aus politischen Gründen nicht, weil wir alte Autarkiegedanken nicht wieder aufkommen lassen wollen, aus wirtschaftlichen nicht, weil im Zuge des hoffentlich immer freier werdenden Welthandels hinreichend deutsche Waren im Ausland abgesetzt werden sollten, um jeden erforderlichen Ernährungs-Zuschuß zu bezahlen.

Im übrigen ist es heute auch der deutschen Landwirtschaft klar, daß die Eigenerzeugung nicht generell mit der gleichen Intensität gesteigert werden soll. Eine starke Verlagerung der deutschen Agrarwirtschaft von den Grundnahrungsmitteln zu den veredelten wird sich nicht vermeiden lassen. In Edelgütern der Landwirtschaft ist eine erhebliche Steigerung sehr erwünscht. Dagegen wird bei Getreide leicht wieder die Frage auftauchen: Sollen wir Getreide dort kaufen, wo es am billigsten ist oder sollen wir selber produzieren, auch wenn es wesentlich teurer wird? Schließlich ist das die alte Autarkiefrage und schließlich ist dies die gleiche Frage bei Buna und Kautschuk. Man muß wissen, was man will, denn unter diesem Gesichtspunkt besteht zweifellos ein gewisser Widerspruch zwischen diesem ersten Punkt und dem noch zu besprechenden vierten Punkt.

Fortschritts-Angleichung

Im 2. Punkt wird die Angleichung der deutschen Industrie an die inzwischen in der Welt existiten technischen Fortschritte ebenso verlangt wie freier Wettbewerb für die Industrie. Über den ersten Teil dieses Punktes herrscht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit. Deutschland wird aber seinerseits, nachdem nun wieder die Patentanmeldungen möglich sind, zu beweisen haben, daß es zum technischen Fortschritt der Welt auch etwas beiträgt. Schließlich haben die deutschen Patente, die auf Reparation ins Ausland gingen, sich großer Beliebtheit erfreut. Der zweite Teil der Forderung, der freie Wettbewerb, ist durch die Wahlen zum Bundestag auch als deutscher Wille dokumentiert worden. Bei den Koalitionsbesprechungen hat Dr. Adenauer mehrfach betont, daß das Wahlergebnis der Bundesregierung ein Mandat für das freie Unternehmertum gegeben habe.

Die vorauszusetzende Ernennung Dr Erhards zum Wirtschaftsminister läßt kaum mehr einen Zweifel darüber aufkommen, daß der Wettbewerb in Deutschland frei sein wird. Mit den aus der Mottenkiste stammenden Gegenargumenten, als ob damit einem schrankenlosen Liberalismus das Wort geredet würde, brauchen wir uns gar nicht mehr auseinanderzusetzen. Wäre nämlich eine moderne Marktwirtschaft dasselbe wie Schrankenlosigkeit, dann brauchten wir ja überhaupt kein Wirtschaftsministerium, sondern nur für die gröbsten Fälle den Staatsanwalt.

Finanzreform

Punkt 3 verlangt die Reformierung des deutschen Finanzwesens durch Haushaltsausgleich und Abbau des überaetzten Behördenapparates. Haushaltsausgleich bedeutet zweierlei: Ausgleich der einzelnen Länderhaushalte und einen Ausgleich zwischen den einzelnen Länderhaushalten über den Bundeshaushalt. Die meisten Länder in Deutschland haben jetzt einen ausgeglichenen Haushalt. Die Besatzungskosten sind immer noch sehr hoch und die Soziallasten nicht minder. Daß der Behördenapparat überaetzt ist, ist ein offenes Geheimnis. Immerhin sind wir gerade dabei, eine neue Riesenbehörde zu schaffen: Den Bundes-Beamtenapparat. Zu den vielen Ministern, die Deutschland bereits hat, kommen nun weitere. Dadurch wird es keineswegs billiger. Allein die Installierung der Bundesregierung kostet viele hundert Millionen D-Mark. Es scheint uns also mehr nötig zu sein als eine Reformierung des deutschen Finanzwesens durch Haushaltsausgleich.

Das erste, was wir verlangen müssen, ist eine konstruktive Steuerpolitik. Als Beispiel greifen wir die Belastung bei Bier und Tabak heraus. Die Belastung bei diesen beiden Waren ist absolut und auch fiskalisch zu hoch. Eine niedrigere Belastung würde aller Voraussicht nach eine höhere Steuereinnahme bringen. Es gibt genug Beispiele, auch in der deutschen Finanzgeschichte, die diese Auffassung erhärten. Das zweite, was wir schon mehrfach in unserer Zeitung verlangt haben, ist eine grundsätzliche Neuorientierung über die Aufgaben des Staates, soweit sie finanzielle Verpflichtungen in sich schließen. Es darf nicht nur, weil bisher der Staat diese Aufgaben immer betreut hat, nun einfach so weiterlaufen, als ob es gar keine andere Meinung darüber gäbe. Hält man aber eine bestimmte Aufgabe als vom Staate zu leisten für nötig, dann sollte versucht werden, diejenigen Staatsbürger, die direkte Nutznießer dieser Leistung sind, mit einer Steuer zu belasten, die die Ausgaben deckt. Hier dürfte also sowohl vom Bundesparlament wie von den Länderparlamenten noch viel zu tun sein.

Freier Außenhandel

Punkt 4 fordert die Beseitigung der Schranken im Handel mit den europäischen Ländern und Intensivierung des Außenhandels. Über diesen Punkt besteht keine Meinungsverschiedenheit. Wir wünschen einen freien Außenhandel, aber wir sind ja in diesem Punkt erst langsam daran, wieder souverän zu werden.

Sand im Getriebe des Lastenausgleichs

Neben diesem Vier-Punkte-Programm stand im Vordergrund des Interesses wieder einmal das Problem „Lastenausgleich". Der Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe erklärte, es sei noch ungewiß, ob außer den Beiträgen für die Unterhaltshilfe noch genügend Geld vorhanden sei für die sogenannte Ausbildungs- und Aufbauhilfe und für die Gemeinschaftshilfe. Durch die außerordentliche Verzögerung des Gesetzes und durch die angespannte wirtschaftliche Situation seien alle Berechnungen sehr zweifelhaft geworden. Es sei fraglich, ob die Wirtschaft die Vermögensabgabe in voller Höhe zahlen könne.

Unsere Leser wissen, daß wir vor dem Lastenausgleich von allem Anfang an gewarnt haben und daß wir schon vor einem Jahr die Bedenken äußerten, die jetzt aus amerikanischen Kreisen zu hören sind. Von den USA könne nicht verlangt werden, Mittel für den deutschen Aufbau zu investieren, wenn diese Mittel durch den Lastenausgleich wieder unwirksam gemacht würden. Zugespitzt wird sogar formuliert: Kredithilfe oder Verzicht auf den Lastenausgleich.

Es bestreitet niemand die sozialen Verpflichtungen und wir verstehen das Interesse der Länder, ihre sozialen Belastungen abzuwälzen; aber mit einer Gefährdung der wirtschaftlichen Prosperität wäre dies alles viel zu teuer erkauft.

Werdendes Europa

Von Goethe, dessen am 28. August allenthalben gedacht werden wird, wo Deutsche, und nicht nur Deutsche, wohnen, von ihm, diesem Repräsentanten reinen Menschentums und echten Europäer, rührt ein Ausspruch her, dessen man sich angesichts der Tagung des Europa-Rates in Straßburg erinnern darf, obwar in ihm mit keinem Wort von Politik und europäischer Verständigung die Rede ist. „Will jemand einen klaren Stil schreiben", so sagt uns der Weise von Weimar, „so sei es ihm zuvor klar in seiner Seele . . ." Nun, das Haus „Europa", zu dem man in jener Stadt den Grundstein legen möchte, die für Goethes Entwicklung so große Bedeutung gewonnen hat, kann nur in einem klaren Stil erstehen. Und es wird, wenn überhaupt, nur dann zustande kommen können, wenn sich vorher in den Seelen der Begründer und späteren Bewohner ein klares Bild dessen aufgerichtet haben wird, was zu schaffen sie gewillt zu sein meinen.

Von diesem klaren Bild ist man in Straßburg aber, so scheint es, noch ziemlich weit entfernt. Man hat sich dort an die Arbeit gemacht, ohne daß noch ein rechter Plan vorläge. Die Bauherren, in denen man das Ministerkomitee erblicken darf, haben Baumeister aus mehreren Ländern Europas zusammenberufen, die aber einstweilen nur das Recht haben, den Bau des Hauses zu diskutieren und Entwürfe vorzulegen, nicht auch ihn auszuführen. Wie die Mitglieder des Ministerkomitees sind sich überdies auch die Teilnehmer an der Beratenden Versammlung noch nicht darüber einig, ob es richtiger wäre, alle Völker Europas unter einem Dach zu vereinigen, oder einige — das deutsche Volk beispielsweise — noch eine Zeit lang, außerhalb der schützenden Mauern, bösen Stürmen auszusetzen, bis sie sich als vollendet umerzogen erwiesen haben werden.

Es geht in Straßburg nicht einmal so zu, daß wenigstens die Teilnehmer an der Tagung aus dem gleichen Land einer und derselben Meinung wären. Die kleinen Feldlager sind manchmal auch in sich selber gespalten. So hat Großbritannien mit dem Kriegspremier Churchill nicht nur den energischsten Fürsprecher für die Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat gestellt — er beabsichtigte, die Aufnahme schon für diese Tagung zu fordern — sondern mit Bevin auch den vermutlich entschiedensten und zähesten Gegner. Selbst die dem Europa-Gedanken geneigten eigenen Parteifreunde des britischen Außenministers, fühlen, auch anderen deutlich wahrnehmbar, zwei Herzen schlagen „ach in ihrer Brust". So bestreite der Labour-Abgeordnete Edelmann zwar die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Wirtschaftsplanung, die unmöglich ohne die Mitarbeit Deutschlands vollbracht werden könne, meinte aber gleichzeitig, es könne dieses Land nur als Staat existieren, wenn es nach Westeuropa und der westlichen Hemisphäre exportiere. Ein ernstes industrielles Problem sei damit geschaffen. „Entweder wir unterstützen Deutschland mit für uns ruinösen Kosten oder aber wir ruinieren uns durch die Schaffung eines gefährlichen Konkurrenten." Auch ein anderer Labour-

In dieser Nummer

Geschleifte Aluminiumindustrie

Dumping als politische Waffe der SED

Englands Verhandlungen in USA

Frankreich: Staatliche Exportförderung

Ein Schrittmacher in Österreich

Krise im Luxemburger Erzbergbau

Hoffmans 4 Punkte im Zwielicht

Steigerung der Agrarproduktion: Autarkie — Behördenabbau: Bundesregierung
Technische Angleichung: Reparationspatente — Deutscher Außenhandel: frei?

Die bunten Schuhe

oder: Wenn die Frauen Geld ausgeben . . .

Wird eine Frau je zugeben, daß sie ihr Geld nicht klug ausgegeben hat? Will eine Frau ernsthaft behaupten, sie sei über die Mode erhaben und mache sich gar nichts daraus, was augenblicklich getragen wird? Kann nicht jede Frau für jede ihrer Launen, also auch für die teuerste, die Mode, ein Dutzend Argumente anführen?

Da sind die bunten Schuhe, die Wildlederschuhe mit den vielerlei Gummisohlen. Zuerst waren sie zaghaft grün, dann wurden sie rot, bald blau, nun gehen sie in verwegenes Ocker und Violett über, in ein buntes Farbenspiel, zweigenäht, trigenäht, mit weißen Igelitzwirn randgesteppt, zwischen 30 und 100 DM. Das sind lauter kostbare Sommergedichte zu Fuß. Die Frauen meinen, diese Schuhe seien schick und praktisch und darum, so und nicht anders, nach reiflicher Überlegung der Schuhindustrie zustande gekommen. Dabei weiß man in Amerika, daß es der Farbfilm „Die roten Schuhe" war, der diesen Sprung ins Koloristische über Nacht ausgelöst hat. Ich beeile mich zu beteuern, daß ich nicht im Solde irgendeiner Schuhindustrie stehe oder ihr verschworener Feind bin. Ich betrachte die Füße und den Schritt der Frauen als Ästhet oder Liebhaber und finde, daß mich jene schweren, bunten Schuhe mit den dicken, wulstigen Gummisohlen an gewaltige Saugnäpfe erinnern (wie man sie gegen Glasscheiben drückt) und wundere mich immer, daß keine Frau damit bei nassem Wetter auf dem Asphalt plötzlich kleben bleibt. Aber das ist vielleicht eine übertriebene Angst. Ich finde, daß kleine, zierliche Mädchen reizvoller in leichten Schuhen und mit hohen Absätzen trippeln, und daß etwas unterstützte Figuren, wie Maillol sie geliebt hat, über den breiten, flachen Schuh etwas kritischer nachdenken sollten. Ich meine es wirklich in Gutem und um der Grazie willen, und ich weiß natürlich, daß ich mit solchen Bemerkungen gar nichts, rein gar nichts, erreiche. (Vielleicht wenn ein Mädchen in mich verliebt wäre, würde es auf mich hören.)

Was habe ich denn im Schilde? Eine kleine Lektion des Geschmacks? Hm, etwas mehr. Ich möchte mit den Frauen und Mädchen ein wenig Nationalökonomie betreiben und ihre Politik mit dem kleinen Geldbeutel berühren. Denn das Geldbeutelchen ist wohl in diesem Sommer bei ihnen allen so flach geworden, daß sie aus der peinlichsten Finanzpolitik nicht mehr herauskommen. Niemand kann von den Frauen erwarten, daß sie den Wirtschaftsteil der Zeitung lesen, aber darum merken sie immer erst sehr spät, wohin die Reise von Preisen und Gehältern, von Angebot und Nachfrage geht. Dann aber werden sie ausgeschalt. Und das finde ich ungerecht.

Seit mehr als zehn Jahren hat es für die Frauen keinen so schmerzlichen Zustand gegeben, wie jetzt: Vor vielen Fülle erfreulicher Dinge zu stehen und durch die Scheiben in die Schaufenster wie in exotische Fischbecken schauen zu müssen. Da schwimmen lauter Fische fürs Auge, aber nicht einer zum Braten und Kochen, keiner, den man mit nach Hause nehmen könnte. Und schlimmer noch als das, mit dem Erscheinen dieser wundervollen Dinge ist auch ihr Plush zurückgekehrt, der ewige Wechsel der Mode, das grausame Gesetz des Unmöglich, des Längst-nicht-mehr, des Haben-Müssens, weil die Kolleginn, die Rivalin, die Weiß-Gott-wer es auch schon hat.

Wir alle, die wir seit einem Jahr mit dem neuen Geld vor den neuen Waren stehen, sind die großartigsten Belastungszeugen der menschlichen Eitelkeit, die es je gegeben hat. Statt vernünftig, Schritt für Schritt, das Notwendige und Zweckmäßige einzukaufen, benehmen wir uns wie Verwandlungskünstler auf einer Bühne. Wir haben uns „in Schale geworfen", die Verpackung unseres Ich mit einigen schnellen Griffen verzaubert. Die Schuhe, die Strümpfe, das Kleid, der Hut, die Krawatte, der Mantel, der Rock, die Bluse, die Handtasche sind wieder friedensmäßig. Nun wäre es an der Zeit, planvoll von außen nach innen weiterzugehen, eine Erneuerung unserer Hülle rundum und durch und durch vorzunehmen. Aber man sehe nur, was in den Wäschereien noch immer an Leibwäsche abgeliefert ist; es ist der Offenbarungseid unserer verborgenen, aber sehr mürben, fadenscheinigen und geflickten Existenz. Sollten wir das nicht in Ordnung bringen?

Doch schon hat uns die Mode und halt die Werbung, die Propaganda am Kragen. Die roten Schuhe passen nicht zum grünen Kleid, die grünen Schuhe nicht zum blauen — wo geht das hinaus? Sind wir von der Farbe behext? In zahlreichen Modehäusern wissen die Verkäuferinnen längst, daß die Frauen mehr nach Farbe als nach Material kaufen. Damit farblich alles übereinstimme, kaufen die jungen Mädchen lieber drei billige Blusen als eine teuere. Die Frage nach dem Material, der Güte und Waschbarkeit des Gewebes scheint für viele von ihnen nicht mehr zu existieren, und das Auge und die prüfenden Finger werden immer unkritischer. Ja, es scheint überhaupt bei manchen jede Kennerschaft verlorengegangen zu sein. Vor kurzem wurde in drei deutschen Städten ein interessanter Versuch angestellt. Man legte in je drei verschiedenen Geschäften denselben Mantel zu verschiedenen Preisen aus: überall wurde der teuerste bevorzugt. Ähnliches erlebte, und das war kein Experiment und keine Falle, ein Schuhgeschäft, das einen Schuh auf 19 DM herabsetzte. Er war unverkäuflich. Erst als er wieder mit 24 DM beschildert war, wurde er verlangt. Von diesen Beispielen ist nur noch ein Schritt bis zu den Erfahrungen großer amerikanischer Warenhäuser, die künstlich Seidenstrümpfe derselben Qualität mit und ohne Cellophanhüllen anbieten: auf je sieben in Cellophan wurden nur drei unverpackte verkauft. Man trieb die Verführung noch ein Stück weiter und kam auf die Idee, Kleiderstoffe dessen zu narfümieren und, siehe da, die wohlduftenden fanden besseren Absatz als die geruchlosen. So läßt sich die moderne Kundin an den Augen und der Nase herumführen!

In Ländern des Überflusses mögen solche Dummheiten zu entschuldigen sein, bei uns finden sie keinerlei innere Berechtigung. Denn wir sind, gestehen wir es um ehrlich vor unseren Kleider- und Wäscheschränken, vor unseren morschen Gardinen und den abgewetzten Polsternöbeln ein, wir sind ein abgebrauntes Volk geworden. Unsere Demontage ist bis zum Pantöffelchen vollendet worden. Es gilt jetzt, ein wenig die fünf Sinne zusammenzunehmen und wieder einen soliden Grund in unseren Besitz zu legen. Die wertvolle Mark muß nur wertvollen Ware wandern. Wie soll das geschehen? Die Industrie selber sollte mit der Materialkunde für die breite Käuferschaft beginnen, die Schulen, die Fortbildungsschulen, der Kulturfilm, die Presse sollten nicht nur Kochrezepte lehren oder anbieten, sondern einer entwöhnten Käuferschaft von jungen Mädchen und jungen Frauen neue Begriffe von Qualität und Schund beibringen. Die Politik des Geldbeutels, die kleine Nationalökonomie der Frauen, müßte also bei der Warenkunde beginnen. Allein auf dem Gebiet der Textilien und des Leders sind so zahlreiche neue Produkte und Namen aufgetaucht, daß sich kein Laie mehr durchfindet. Wer kann denn wirklich echtes Wildleder von aufgerauhtem Futterleder unterscheiden? Wer kann die Güte eines Webers, einer Armbanduhr beurteilen? Wer kennt sich in Teppichen, Läufern, in Cleodeum, Dorulcum und Stragula und wer in den Hölzern aus? Wer kennt die praktischen und haltbaren Neuerungen in der Installation? Jeder Irrtum schneidet ins Geld, aber jede Kenntnis gibt in der Verhandlung mit dem Verkäufer ein Plus und verhilft uns allen zu ehrlicher Kalkulation und Bedienung. Zur Zeit noch ist das breite Publikum, das kann jeder Handelnrisende bestätigen, ein schwankendes, von Laune und Einfällen und Verlockungen hin- und hergetriebenes Etwas, das überhaupt nicht abzuschätzen ist. Wir sind zu früh dem Wechselspiel der Mode verfallen. Wir lassen uns von einer sehr kleinen Minderheit, die ihre Launen mühelos bezahlen kann, zu Dingen verführen, die wir sehr bald bedauern müssen. Die Frauen werden das zwar nie eingestehen, aber sie werden vielleicht bald ein wenig über sich selber lächeln, schmerzlich lächeln . . .

Arbeitertransporte auf werkseigenen Lastwagen

Nach den Ausführungsbestimmungen zur Kraftfahrzeugbenutzungsverordnung ist es verboten, für Lastkraftwagen, die als Ersatz für Kraftomnibusse zur Personenbeförderung benutzt werden sollen Ausnahmen von den Verboten der Verordnung zu genehmigen. Dadurch wurden die Bemühungen des privaten Personenbeförderungsgewerbes nach einer Einschränkung der Beförderung von Arbeitern auf werkseigenen Lastkraftwagen wesentlich unterstützt. In der Folgezeit gestattete aber ein Erlaß der Verwaltung für Verkehr — entgegen den Bestimmungen der Kraftfahrzeugbenutzungsverordnung — Ausnahmegenehmigungen für Lastkraftwagen, wenn diese Lastwagen den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes entsprechen. Eine im Anschluß hieran von dem privaten Personenbeförderungsgewerbe herbeigeführte Aussprache bei der VfV hat klargestellt, daß hiermit nur solche Lastkraftwagen gemeint sind, die als Behelfsomnibusse ausschließlich der Personenbeförderung dienen, nicht aber etwa Lastkraftwagen, auf denen wochentags Güter befördert werden, und die dann für das Wochenende zur Personenbeförderung hergerichtet werden. Für die zuletzt genannten Lastwagen sollen Ausnahmen nicht genehmigt werden.

Der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat nun unlängst in einem Erlaß zum Ausdruck gebracht, daß in Übereinstimmung mit der Auffassung der VfV industrielle Werke nur ausnahmsweise als Verkehrsträger anerkannt werden dürfen, und daß im Sicherheitsinteresse nach wie vor die anerkannten Beförderungszweige Träger des Verkehrs sein sollen. Auch nachdem der sog. Gelegenheitsverkehr teilweise freigegeben worden sei, können in Wahrung der Interessen der Privatunternehmen Genehmigungen an Industriewerke erst dann in Betracht, wenn das in dem Verkehrsgebiet vorhandene Verkehrsgewerbe die Beförderung der Arbeiter nicht übernehmen können oder wolle.

Französische Kalibeteiligung in Deutschland

Wir entnehmen der Neuen Zürcher Zeitung vom 18. 8. folgende Meldung:

Die französische Kali-Industrie, vertreten durch die staatlichen Mines Domaniales de Potasse d'Alsace und die Verkaufsgesellschaft, die Soc. Commerciale des Potasses, ist mit 52% am 100 000 DM betragenden Anfangskapital der Badischen Kaligesellschaft beteiligt, die von den Gewerkschaften „Baden" und „Markgräfler" pachtweise die Ausbeutung der Kaligruben in Buggingen übernommen hat. Der Pachtvertrag läuft bis 1955, kann aber 1953 verlängert werden. Die beiden Gewerkschaften erhalten eine feste Pachtsumme von 50 000 DM jährlich, zu der, sobald die Förderung 25 000 t pro Jahr übertreffen wird, eine zweiprozentige Abgabe kommen soll. Der Absatz der in Buggingen geförderten Kalisalze wird von der Soc. Commerciale des Potasses besorgt. Die Förderung der Badischen Kaligesellschaft ist im Laufe der letzten zwölf Monate von 605 auf 800 t täglich gesteigert worden. Es ist beabsichtigt, mit Hilfe neuer Investitionen die Tagesförderung auf 1000 t zu heben.

Mehr Strom in Aussicht

Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen wird besser

Die Aussichten für die Versorgung Nordrhein-Westfalens mit elektrischem Strom werden für den Winter optimistisch beurteilt. Man hofft, dieses Mal ohne Maßnahmen zur Stromeinsparung auszukommen, und zwar auch dann, wenn die Wasserkraftwerke in Süddeutschland und in Frankreich bei anhaltendem Frost in ihrer Leistungsfähigkeit gehemmt werden sollten. Diese Auffassung stützt sich auf die wesentliche Verbesserung der Leistungen der vorhandenen Kraftwerke im Verlaufe des Sommers. Obwohl wichtige Anlagen zwecks Überholung stillgelegt werden sind, wurde allen Energieanforderungen nachgekommen, ohne daß eine Beschränkung im Strombezug notwendig wurde. Dabei sind die Anforderungen gegenüber den Wintermonaten in keiner Weise zurückgegangen. Der Energieverbrauch im Lande Nordrhein-Westfalen ist nahezu gleich geblieben und zeigt in der letzten Zeit sogar eine leicht steigende Tendenz. Die Energieanforderungen aus Süddeutschland und Frankreich, die infolge der Frühjahrsniederschläge im Mai und Juni geringer waren, haben nunmehr wieder die gleiche Höhe wie im Winter. Die Schneeschmelze war zu gering, als daß die Alpenkraftwerke auf voller Leistung hätten bleiben können. So werden heute nach Süddeutschland und Frankreich täglich wieder 8,8 Mill. kWh geliefert.

Wegen der verringerten Leistung der Süddeutschen Kraftwerke hat das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden für verschiedene Versorgungsgebiete die Einschränkung der Stromentnahme in den Höchstbelastungszeiten an den Vormittagen als erforderlich bezeichnet. Das Dreschen mit elektrischen Motoren soll innerhalb der Zeit von 7—13 Uhr verboten werden. Den gewerblichen Betrieben wird zunächst nur die Herabsetzung der Stromentnahme in den erwähnten Zeiten empfohlen. Man hofft aber, sofern sich die Trockenheit nicht fortsetzt, mit den genannten Maßnahmen für die Landwirtschaft und den Empfehlungen für die gewerbliche Wirtschaft auszukommen.

Wie ausgeführt, wird aber von den erforderlichen Stromlieferungen nach Süddeutschland eine entscheidende Beeinträchtigung der Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen nicht erwartet. Im Lande Nordrhein-Westfalen beträgt zur Zeit die gesamte installierte Leistung der Kraftwerke 3 233 000 kw. Hiervon sind im Augenblick einsatzbereit 1 600 000 kw. Anlagen mit einer Gesamtleistung von über 600 000 kw sind während der Sommermonate stillgelegt worden, um Instandsetzungs- und Überholungsarbeiten vornehmen zu können. Bis zum Herbst werden diese Arbeiten erledigt sein, so daß im Winter die gesamte installierte Leistung verfügbar ist. Bis dahin werden weiter im Bereich des RWE noch Erweiterungsbauten beendet sein. Im einzelnen betreffen sie das Kraftwerk Essen-Vieheferstraße mit 60 000 kw, das Kraftwerk Düsseldorf-Reisholz mit 25 000 kw, das Kraftwerk Goldenberg mit 40 000 kw und das Kraftwerk Fortuna mit 20 000 kw, die zusätzlich zu den bisherigen Anlagen in Betrieb genommen werden. Der gesamte Zuwachs beträgt damit 150 000 kw.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Abgeordneter, Crawler, bewegte sich auf ähnlich zwiespältiger Bahn. Das Problem der Verteidigung Europas, sagte er, könne nicht ohne Deutschland gelöst werden. Deutschland dürfe jedoch nicht „in unser Defensiv-System" eingeschlossen werden, „wenn wir nicht vorher eine starke Vereinigung geschaffen haben, in der jenes nicht versucht sein wird, eine Herrenrolle zu spielen".

Die wahre Freundschaft, auf der sich die Vereinigten Staaten von Europa aufbauen könnten, ist das noch nicht u. aus diesem Geist in der Kitt nicht gemischt, der die Völker und Staaten Europas zu einem Ganzen verbinden könnte, das allen Mächten der Auflösung und Zerstörung standzuhalten vermöchte. So und nicht anders beurteilt man die Vorgänge und den Verlauf der Verhandlungen im Europa-Rat auch in der Hauptstadt der schon bestehenden Vereinigten Staaten jenes anderen Kontinentes, von dem Goethe mit Recht gesagt hat, „Amerika, du hast es besser". Man bedauert in Washingtoner Regierungskreisen, so wird berichtet, daß die Deutschlandfrage „nicht vom europäischen und Weltstandpunkt", sondern zu oft vom „nationalen Standpunkt" aus betrachtet werde. Die Frage der Zulassung Deutschlands werde aber, so erklärt man in Washington weiter, dennoch sehr bald auf der Tagesordnung des Europa-Rates stehen. Deutschland sei aus seiner Erschöpfung erwacht, es habe einen annehmbaren Grad der „Rehabilitierung" erreicht und sei sich seiner Verantwortung bewußt.

Die werdenden Vereinigten Staaten von Europa haben, wie man sieht, neben ihren Widersachern — dem nationalen Egoismus und wirtschaftlichen Nationalismus einzelner ihrer zukünftigen Mitgliedstaaten, nicht zuletzt Englands — auch ihre Förderer. Zu diesen zählt nicht allein die Regierung in Washington, die in einer außenpolitischen Konzeption von wirklich weiter Sicht den europäischen Westen in ein Wehr umzuschaffen versucht, das die Flut aus den noch unkontrollierbaren dritten großen geographischen Bereich aufhalten und unschädlich machen kann. Ohne daß es von ihr beabsichtigt wäre, fördert die westeuropäische Einigung aber die diesen dritten Bereich beherrschende UdSSR. Ihre immer neuen Vorstöße wirken wie eine stetig sich wiederholende Ermahnung zur Eintracht und Sammlung aller Kräfte, die schließlich auch dort verstanden werden und befolgt werden wird, wo sie bisher auf taube Ohren stieß.

Es ist der Konzentration und Organisation der Kräfte im Westen günstig, daß zwischen den Staaten des Ostens, der UdSSR und ihren Satelliten, auch nicht eitel Friede und Wohlgefallen aneinander besteht. Das jugoslawische Sorgenkind, heute schon mehr einem abtrünnigen und ausgestoßenen Sohn vergleichbar, entfernt sich immer noch weiter von den Väterchen-Armen Stalins und wird dafür immer offener aus dem jetzt lückenhaften Kreis der Kominform-Staaten heraus beschimpft und nicht erst seit heute auch schon durch Truppenansammlungen vor den Grenzen des Landes bedroht. Der rumänische Außenminister Anna Pauker erklärte in einem Artikel, den er (oder sie) zum Jahrestag des Sturzes Antonescus schrieb, der Tag sei nicht mehr fern, an dem die Tito-Banditen dem jugoslawischen Volk Rechenschaft ablegen müßten. Die Tito-Banditen könnten ihr Treiben nicht länger ungestraft fortsetzen. In einer Note, die Moskau in Belgrad überreichen ließ, spricht der Kreml die Eigenschaft eines Verbündeten ab.

Der Ton, von dem die Musik aus Moskau, und nicht weniger jene der Belgrader Antwort, gemacht wird, erinnert stark an Auseinandersetzungen, wie sie früher, vor der Überreichung eines Ultimatums oder einer Kriegserklärung, gang und gäbe waren. Und, man glaubt wohl noch nicht an sie, muß aber, wie die Dinge zu liegen scheinen, doch auch diese Möglichkeit in Betracht ziehen: Die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den ehemaligen Freunden Jugoslawiens und diesem selbst. Es bestehen jedenfalls nicht wenig ernst zu nehmende Anzeichen (darunter die Zurückhaltung von rund 3000 jugoslawischen Güterwagen durch Kominformtreue Länder), die auf eine Entwicklung in dieser Richtung hindeuten. Eine norditalienische Zeitung, die sich mit dem keineswegs zufälligen Aufenthalt des Exkönigs Peter II. in Venedig, also nicht allzu fern der jugoslawischen Grenze, befaßt, meinte sagen zu können, daß der König Jugoslaviens „in den entscheidenden Stunden" nahe zu sein wünsche. In einem Interview, das der Ex-Monarch vor seiner Abreise aus Rom in den Norden gewährte, warnte er die Mächte des Westens vor dem Doppelspiel des Marschalls Tito und vor einer etwaigen Allianz mit Jugoslawien. Daß Sowjetrußland gegen den abtrünnigen Marschall mit bewaffneter Hand vorgehen werde, glaubt Peter nicht ernstlich, weil aus diesem Brandherd leicht ein dritter Weltkrieg entbrennen könnte. Die Annäherung Titos an die Westmächte (die Jugoslawien bereits die Zustimmung der amerikanischen Regierung zur Belieferung mit Maschinen für ein vollständiges Walz- und Plattierwerk für Stahlbearbeitung und Veredlung durch die „Continental Foundry and Machinery Company" in Pittsburgh eingebracht und sehr weit fortgeschrittene Verhandlungen mit der Weltbank über eine bedeutende Anleihe möglich gemacht haben) erklärt sich, nach Ansicht des Ex-Königs zur Genüge aus dem für Tito bestehenden Zwang, sich um wirtschaftliche Hilfe zu bemühen, um aus Schwierigkeiten herauszufinden, die ihm aus dem Bruch mit den Moskauer Satellitenstaaten entstanden seien.

Die Frage, ob die von Jugoslawien angestrebte wirtschaftliche Förderung zu gewähren sei, und wie weit dabei gegangen werden könne, bedarf sorgfältiger Prüfung. Tito befindet sich, wie er immer wieder betont, in keinerlei ideologischem Gegensatz zu Moskau. Er macht dem Kreml lediglich das Recht streitig, „Dekrete über die Art, die ihr Sozialismus in einem anderen Land annehmen sollte, zu vertreten". Und er wendet sich nur gegen den Anspruch „kleiner sozialistischen Ländern gegenüber die Beziehungen derart zu gestalten, daß man nur noch von Ausbeutung und politischer Unterwerfung sprechen kann". Er hat also nur seine eigene Meinung von dem Weg, der praktisch in der Verwirklichung „sozialistischer" Ziele zu gehen wäre. Und: Er will sich selbst sein eigener Diktator sein. Ihm zuteil werdende Förderung würde also nur der Befestigung eines kommunistischen Systems und Terrors dienen, für den nicht mehr Stalin allein, sondern, zu seinem Teil, auch Tito verantwortlich zeichnen würde. Welche Sicherheit ist dafür geboten, daß die Tito gelieferten Waffen — auch von möglichen Waffenlieferungen war ja bereits die Rede — nicht früher oder später verwendet werden würden, um den roten Terror in den tiefen Westen hineinzutragen? Aus so manchem wirklichen oder vermeintlichen Gegner Stalins ist in seinem Schauncrest schon ein bekennender und reuiger Angeklagter geworden, wenn er nicht, wie Dimitroff, in einem russischen Sanatorium fürsorglich gepflegt wurde oder, wie Trotzki, nach Mexiko entweichen konnte, wo ihn dann aber die Todeskugel dennoch erreichte.

Nach Mexiko beabsichtigt angeblich, wenn alles schief gehen sollte, auch Tito zu flüchten. Wenn ihn dort das Schicksal Trotzkis ereilt, werden die Erben seiner Macht sich längst in Belgrad bereits festgesetzt haben. Würden sie unter den Mitmenschen zu suchen sein, die heute — in Venedig etwa — oder sonstwo im Westen — einer ihnen günstigen Wendung harren?!

Unsere Lageberichte:

Hochprozentiges Bier setzt sich durch

Der Bierkonsum im bisherigen Verlauf des Sommers ist sehr gering gewesen (siehe auch unseren Lagebericht in der vorigen Ausgabe). Zum Teil wird der geringe Konsum auf die Bevorzugung anderer Getränke zurückgeführt. Es wird eine starke Abwanderung des Verbrauchs zu Spirituosen und zu Wein festgestellt. Als Konkurrenz zum Bier wird auch der stark verbreitete Einsatz angesehen. Das Brauerwerbe steht auf dem Standpunkt, daß nur höhere Qualität der zum Ausschank gelangenden Biererzeugnisse wieder zu einem normalen Bierkonsum führen werde. Die offiziellen Genehmigungen für den Ausschank eines friedensmäßigen Bieres sind bisher noch nicht erteilt worden. Auf diesem Gebiete herrscht zur Zeit eine gewisse Verwirrung. In einzelnen Ländern der Trizone ist man dazu übergegangen, ein 13—14prozentiges Bier zu brauen, und diese Tatsache hat dazu geführt, daß in den Ländern, in denen an der Erzeugung eines Bieres mit 8 v.H. Stammwürze zunächst noch festgehalten wird, die Gefahr besteht, daß in das urslgene Absatzgebiet dieser Brauereien von auswärts Bier mit 13 bis 14prozentiger Stammwürze geliefert wird. Die bayerischen Brauereien haben bereits allgemein mit dem Ausstoß eines 13—14prozentigen Bieres begonnen. In Hessen ist die Lage nicht einheitlich. Im Lande Rheinland-Pfalz ist mit dem 15. August mit dem Ausstoß eines 13—14prozentigen Bieres begonnen worden. Es ist verständlich, daß sich durch diesen Schritt die rheinischen Brauereien in der britischen Zone bedroht fühlen. Im allgemeinen ist man in der britischen Zone dafür eingetreten, zunächst bei dem bisherigen Zustand zu verharren, bis die Frage der Höhe der für das stärkere Bier zu zahlenden Steuer eine offizielle Regelung erfährt. Die Brauereien haben ein Interesse daran, daß diese Frage vorher geklärt ist. Die drohende Konkurrenz hat jedoch gerade in den Bezirken, die dem Lande Rheinland-Pfalz nahelegen, zu dem Wunsch geführt, ebenfalls ein gleichwertiges Bier liefern zu können. So treten Kölner Brauereien dafür ein, bereits in Kürze mit dem Ausstoß eines höherprozentigen Bieres zu beginnen.

In der französischen Zone ist inzwischen eine Herabsetzung der Biersteuer durchgeführt worden. In Bayern wurde der Preis für das höherprozentige Bier so festgesetzt, daß der Konsument die höhere Steuer nicht zu ändern bekommt. In der britischen Zone wird nach Angaben von Brauereikreisen ein Aufschlag von 0,05 DM je Glas Bier erhoben werden, wenn es nicht gelingen sollte, eine Herabsetzung der Steuer zu erwirken. Eine Verteuerung des Bieres würde nach Lage der Dinge jedoch wiederum konsumstörend wirken. Es besteht somit die Ansicht, daß eine Qualitätsbesserung mit gleichzeitiger Preiserhöhung nicht das eigentliche Ziel ermöglicht, nämlich die Hebung des stark geschrumpften Bierverbrauchs.

Stockender Landmaschinenabsatz

Die Nachfrage nach Landmaschinen war im vergangenen Jahr noch außerordentlich groß. So haben auf der DLG-Ausstellung 1948 in Frankfurt am Main verschiedene Aussteller ihre ganze Jahresproduktion verkauft. Hierbei ging nach dem Urteil sachverständiger Stellen die Kauflust vielfach über das vertretbare Maß hinaus. Aus diesem Grunde äußerte sich die Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft bei dem Beginn der Maßnahmen zur Kreditbeschränkung gegenüber der Bank Deutscher Länder dahingehend, daß ein besonderes Kreditbedürfnis für den Ankauf von Landmaschinen nicht vorliege. Inzwischen sind nun die Absatzbedingungen der Landmaschinenindustrie sehr schwierig geworden. Die Industrie ist zu einem großen Teil nur noch mit 30 Prozent ihrer Kapazität beschäftigt. Infolgedessen ist ihre finanzielle Lage recht beengt. Preissenkungen, die inzwischen vorgenommen worden sind, haben die Nachfrage nicht in nennenswertem Umfange angeregt.

Wegen des Lagewandels wird heute eine vorsichtige Kreditgewährung für die Beschaffung von Landmaschinen erstrebt, insbesondere, da der vorhandene echte Maschinenbedarf recht erheblich ist. Namentlich wird empfohlen, die Figelag, die sich in der vergangenen Zeit als Sonderinstitut für Landmaschinenfinanzierung bewährt hat, wieder ins Leben zu rufen. Aus den Counterpartmitteln sind 7 Mill. DM für die Finanzierung von Landmaschinenkäufen freigegeben worden.

Bayerische Süßwarenindustrie

Die bayerische Süßwaren-Industrie stellt im Monat rund 2650 t Süßwaren her, darunter etwa 1200 t Zuckerwaren, 1000 t Backwaren, 120 t Kunsthonig, 330 t Schokolade und für die Schulspeisung diverse 80 t Süßwaren. Die Herstellung von Kunsthonig war zu Beginn vorigen Jahres noch etwa doppelt so hoch wie heute.

Es handelt sich bei der Süßwaren-Industrie in Bayern z. Zt. um etwa 160 Betriebe mit rund 4000 Arbeitskräften, von denen allerdings nur 25 Betriebe als Großhersteller anzusehen sind. Die Zahl der Betriebe ist gegenüber der Vorkriegszeit um etwa ein Viertel höher, weil eine ganze Anzahl Flüchtlingsbetriebe hinzugekommen ist.

Die Süßwaren-Industrie, bei der die Bewirtschaftung im Vergleich zu anderen Genußmittelindustrien noch immer sehr strikte gehandhabt wird, hat mit aus diesem Grunde noch immer Schwierigkeiten, die notwendigen Zuckermengen heranzubringen. Die Verzögerung beim Eintreffen einiger Ladungen Rohzucker wird vorübergehend zu einer spürbaren Knappheit führen.

Der Absatz an Dauerbackwaren ist stark zurückgegangen, einige Spezialbetriebe sind zur Kurzarbeit übergegangen. Das Zwiebackkontingent läuft z. Zt. aus, die beteiligten Fabriken verlegen sich wieder auf ihr eigentliches Arbeitsgebiet. Für das Weihnachtsgeschäft in Lebkuchen sind die Lieferungen von Rosinen, Haselnüssen und Zitronat gesichert, bei Mandeln war das bisher nicht in ausreichendem Umfange möglich. Die Ausfuhr von Nürnberger Lebkuchen, früher ein im Ausland gutgehender Artikel, ruht noch vollständig. Die hohe deutsche Zuckersteuer, die den Preis beeinflußt, und die verhältnismäßig geringen Mengen von Zucker, die für Ausfuhrzwecke abgezweigt werden, beeinträchtigen die Wiederankurbelung der Ausfuhr von Lebkuchen.

Seidenwebereien ausreichend versorgt

Die Versorgung der Seidenwebereien mit Kunstseidengarnen ist seit einigen Monaten wesentlich günstiger geworden. Die Kunstseidenindustrie ist mit Zellulose und mit Chemikalien durch langfristige Kontrakte ausreichend versorgt, so daß die Webereien gleichmäßig mit Garnen der von ihnen gewünschten Nummern beliefert werden können. Damit entfällt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die bisher insbesondere bei Massenfertigungen vorhanden waren. Die Webereien der britischen Zone werden seit einiger Zeit auch wieder hinreichend mit Acetat-Seide versorgt. In der Vergangenheit wurden nur die französischen Webereien damit beliefert, da das Lieferwerk in der französischen Zone gelegen ist.

Einige Schwierigkeiten gibt es noch bei Spezialitäten, namentlich bei Krepp-garnen. Krepp-Garne wurden schon vor dem Krieg entweder unmittelbar oder im Lohnveredelungsverkehr von der Schweiz und Italien bezogen. Diese Geschäftsbeziehungen sind von den deutschen Webereien wieder aufgenommen worden und laufen auch erfreulich wieder an.

Ähnliches gilt vom Seidendruck, der ebenfalls seit jeher im Lohnveredelungsverkehr nach der Schweiz gegeben wurde. Diese Geschäfte sind um so wichtiger geworden, als die deutschen Textilveredelungsbetriebe noch nicht mit den Anforderungen der Webereien Schritt halten können. Ihre Lieferzeiten sind nach wie vor außerordentlich lang. Es wird dies an erster Stelle mit der unzureichenden Versorgung mit Kohle begründet. Nach der Schweiz werden zur Zeit insbesondere Aufträge auf hochwertige, modische Drucke vergeben.

Auf seinem letzten Kongreß in Zürich hat der internationale Seidenverband die Wiederaufnahme der deutschen Seidenindustrie beschlossen. Der internationale Seidenverband mit Sitz in Lyon ist die Dachorganisation der Hersteller und Verarbeiter von Naturseide. Er pflegt insbesondere einen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des technischen Verfahrens und der Normung.

Günstigere Aussichten für das Herbstgeschäft in der Kleiderindustrie

Die Modehäuser in Düsseldorf und Krefeld haben nicht die erwarteten Umsätze gebracht, obwohl die Veranstaltungen zu einem günstigen Zeitpunkt stattfanden. Der Einzelhandel war zwar sehr interessiert, hielt aber in seinen Bestellungen zurück. Erst jetzt, nachdem die Sommerschlußverkäufe den Betrieben wieder flüssige Mittel gebracht haben, gehen die Bestellungen reichlicher ein, so daß doch noch mit einem guten Herbstgeschäft gerechnet wird. Insbesondere gehen Wintermäntel recht flott.

Inzwischen sind die Lieferfristen für die Industrie sehr knapp geworden. Dadurch entstehen Schwierigkeiten in der Fabrikation und kommt es im Herbst leicht zu Verknappungserscheinungen und zum Nichteinhalten von Lieferfristen. In der langen Reihe vom Weber bis zum Einzelhandel hätte auf Lager gearbeitet werden müssen, um die spät erteilten Aufträge noch rechtzeitig beliefern zu können. Da dies aber bei modischer Ware mit hohem Risiko verbunden ist, zeigen alle Stufen der Fertigung nur geringe Neigung, auf Lager zu arbeiten. Über ähnliche Schwierigkeiten wird auch in der Herrenkonfektion geklagt. Sie werden sich nur dadurch beseitigen lassen, daß Modeschöpfung, Produktionsaufl. und Auftragserteilung wieder in ein zeitgerechtes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Geschleifte Aluminiumindustrie

Die westdeutsche Aluminiumindustrie wurde jetzt von den westlichen Besatzungsmächten über die Demontagemaßnahmen unterrichtet, die im Hinblick auf eine Anpassung an die zugestandene Erzeugung von 85 000 t geplant sind.

Der Beschluß der Kommission sieht zunächst die vollständige Demontage des Erftwerks in der Nähe von Grevenbroich in der britischen Zone vor. Das Erftwerk hat eine jährliche Kapazität von 20 000 t Rohaluminium und arbeitet auf Braunkohlenbasis. Mit der Demontage wurde bereits begonnen.

Weitere Werke der westdeutschen Aluminiumindustrie werden nur teilweise von der Demontage betroffen, so unter anderem das Lippewerk in Lünen im Ruhrgebiet, das wie das Erftwerk zu der Gruppe Vereinigte Aluminiumwerke gehört. Die Kapazität dieses Werks beläuft sich auf 30 000 t im Jahr, ist aber gegenwärtig mit nur etwa 10 000 t ausgenützt. Die Energie wird aus lokalen Kraftwerken bezogen, die auf Steinkohlenbasis arbeiten. Das Inzwerk in Töging in der amerikanischen Zone in Bayern hat eine jährliche Kapazität von 60 000 t, wird aber infolge der Demontage eines Drittels der Leistungsfähigkeit nur noch 20 000 bis 22 000 t erzeugen können. Auch dieses Werk gehört zum Konzern der Vereinigte Aluminiumwerke. Das Werk Rheinfelden in der französischen Zone in Baden, das einer schweizerischen Gruppe gehört, und dessen Kapazität bei 30 000 t liegt, und das nach Meinung der deutschen Aluminiumindustrie etwa 20 000 bis 25 000 t jährlich erzeugen könnte, wird ebenfalls einer Demontage eines Drittels der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit unterliegen.

Das Inzwerk in Töging bezog vor dem Krieg einen Teil seines Energiebedarfs aus der heute sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Auch das Werk im Rheinfelden ist von seiner früheren Energieversorgung abgeschnitten. Westdeutschland kann gegenwärtig etwa 30 000 — 37 000 t Rohaluminium erzeugen. Diese Menge ist für den gegenwärtigen Bedarf zu hoch, denn Westdeutschland hat noch aus alten Kontrakten etwa 18 000 t aus dem Ausland abzunehmen. Man rechnet aber damit, daß in etwa einem Jahr die zugestandene Erzeugung von 85 000 t im Jahr erreicht werden wird, die man als ausreichend für den westdeutschen Bedarf analaht.

Für die westdeutsche Industrie ist zwar die Aufhebung des ursprünglich verhängten Erzeugungsverbotes für Aluminium eine Erleichterung, weil das fehlende Kupfer durch Aluminium in bedeutendem Ausmaß ersetzt werden kann, andererseits beweist die seit 1945 notwendige Einfuhr von Aluminium, daß das Erzeugungsverbot für Aluminium, das nach der Kapitulation verhängt wurde, daß damals gewisse Besorgnisse in bezug auf die im Krieg stark ausgeweitete Aluminiumerzeugung in den Vereinigten Staaten und in Kanada offenbar die Entscheidungen der westlichen Mächte beeinflußt haben. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Deutschland nicht ewig in Zonen zerrissen bleiben wird, und daß dann die Leistungsfähigkeit der deutschen Aluminiumindustrie durch die Demontagen über Gebühr geschwächt sein wird, weil der Bedarf der Ostzone aus den vorhandenen Anlagen nicht gedeckt werden kann, da das von der Sowjetunion demontierte Lautawerk eine Kapazität von rund 60 000 t im Jahr hatte. Diese Demontage ist dafür verantwortlich, daß der Ostzone heute das Aluminium fehlt, das bei der Knappheit an metallischen Rohstoffen als Austauschmetall dienen könnte.

Vom deutschen Standpunkt bedauert man es außerdem, daß nun auch das Erftwerk vollständig demontiert werden soll, das über eine relativ günstige Energieversorgung auf Braunkohlenbasis verfügte, was gerade in der Aluminiumversorgung eine wesentliche Rolle spielt, weil zur Erzeugung einer Tonne Aluminium rund 20 000 kWStunden benötigt werden, und ein Energieüberschuß für die Aluminiumerzeugung notwendig ist. Von deutscher Seite war der Vorschlag gemacht worden, dem Erftwerk eine jährliche Kapazität von etwa 7000 t zu belassen. Im Übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß der endgültige Beschluß zur Demontage der westdeutschen Aluminiumanlagen erst nach Bereinigung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Besatzungsmächten erreicht wurde. Die Gefahr eines Mißbrauchs der deutschen Aluminiumindustrie für militärische Zwecke kann natürlich auch durch andere Mittel als die Demontage beseitigt werden, während andererseits gerade Aluminium ein äußerst wichtiger metallischer Rohstoff für die an Metallen arme deutsche Wirtschaft ist, für dessen Erzeugung nur verhältnismäßig geringe Devisenbeträge für die Bauxiteinfuhr notwendig wären.

Das Schicksal der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft

Rußland beansprucht einen Großteil des Vermögens

Bei den Londoner Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag wird auch über die russischen Forderungen auf Abtretung eines Großteils des Besitzes der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft verhandelt werden. Bis zur Angliederung Österreichs im Jahre 1938 befanden sich 54% der Aktien der Gesellschaft in österreichischem und die restlichen 46% in italienischem Besitz. Die 1938 erfolgte Eingliederung der Gesellschaft in den Konzern der Reichswerke Hermann Göring bildete nach dem Zusammenbruch im Jahr 1945 die formalrechtliche Grundlage für die russischen Ansprüche.

Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die 1829 gegründet wurde, entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem Riesenunternehmen, das fast ein halbes Jahrhundert hindurch den gesamten Donauverkehr monopolartig beherrschte. Wenn sie auch durch den Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie an Bedeutung verlor, so blieb sie mit ihren modernen, schnellen und sauberen Schiffen und ihrer mustergültigen Verwaltung auch bis zum Ende des zweiten Weltkriegs noch immer die größte und am besten organisierte Donau-Schiffahrts-Gesellschaft. Die Gesellschaft verfügte auf der Donau über 108 Stationen, über eigene Agenturen, Magazine, Lagerhäuser, Verladeanlagen usw. und besaß außerdem zwei moderne Werften in Budapest und in Korneuburg bei Wien. Ihr gehörte auch das Steinkohlenbergwerk von Fünfkirchen mit 1 Mill. t Jahresförderung und die Aktienmehrheit der Eisenbahn Mohacs-Fünfkirchen. Die Donauflotte bestand aus 32 Passagierdampfern, 43 Zugdampfern und Frachtschiffen, 29 Tankschiffen und 403 Warenbooten bis zu 1000 t Ladefähigkeit.

Das Kriegsende hat die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft schwer getroffen. Mit den großen Anlagen in Ungarn, der Budapester Werft und dem Fünfkirchener Bergwerk war bereits 1944 die Verbindung abgerissen. Was noch an Schiffen vorhanden war — zwei große Expreßschiffe und zahlreiche kleinere Schiffe und Boote waren ein Opfer des Krieges geworden — wurde stromaufwärts gefahren oder geschleppt und diesem Umstand ist es zu danken, daß heute etwa 40% des Schiffsparks der Gesellschaft im Linzer Hafen und in der amerikanischen Zone Österreichs liegen.

Nach den Pariser Abmachungen der vier Außenminister geht jetzt das gesamte Eigentum der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft donauabwärts der österreichischen Grenze verloren.

Das Fünfkirchener Steinkohlenbergwerk und die Budapester Werft wurden von den Sowjets bereits seinerzeit in die ungarisch-sowjetische Donauschiffahrtsgesellschaft eingebracht. Die Agenturen in Bulgarien sind der verstaatlichten Firma Schenker & Co. in Bulgarien übertragen worden. In Rumänien wurden gleichfalls alle Anlagen der DDSG verstaatlicht bzw. als Sowjeteigentum der rumänisch-sowjetischen Donauschiffahrtsgesellschaft übereignet. In Jugoslawien fallen die DDSG-Anlagen (darunter zwei Häuser in Belgrad) als Staatseigentum Jugoslawien zu.

In Österreich fordern die Russen alle Anlagen der Gesellschaft, soweit sie in der Sowjetzone liegen. Dazu gehören 48 Anlagen, 4 Hafenbetriebe im Wiener Hafen, die Korneuburger Schiffswerft und 37 Schiffe. Die Donauschiffahrtsstationen am linken Donauufer fallen bis Passau, am rechten bis Mauthausen der Sowjetunion zu. In Wien kommen außer drei Wohnhäusern die gesamten Anlagen am Praterkai an der Donau in russischen Besitz. Der Verlust der Korneuburger Werft ist besonders schmerzlich, sie beschäftigte im Kriege 1500 Arbeiter, ist modern eingerichtet und kann große Flußschiffe bauen. Gegenwärtig dient sie den Russen für Reparaturarbeiten. Die Direktionsgebäude — ein Häuserblock mit vier Gebäuden — liegen im britischen Sektor und bleiben daher in österreichischem Besitz.

Erfreulich für die DDSG ist, daß sie u. a. 14 Passagierschiffe (darunter die zwei modernsten, vor dem Kriege gebauten Schraubendampfer sowie zwei große Expreßdampfer, zahlreiche Frachtdampfer und Zugschiffe (darunter Motorschiffe modernster Konstruktion) und etliche 130 Warenboote nach Oberösterreich in Sicherheit bringen konnte. Zur Zeit wird der Güter- und Personenverkehr nur von Linz (US-Zone) aufwärts betrieben. Personenschiffahrt bis Passau, Frachttransporte bis Regensburg. Hauptgeschäft sind die Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet nach Linz, Eisentransporte nach Regensburg und der Transport von ERP- und Einfuhrgütern, die den Benelux-Häfen via Rhein, Main nach Würzburg, von dort per Bahn nach Regensburg und von dort mit Dampfschiff nach Österreich gebracht werden. Der Warenverkehr von und nach Deutschland läßt noch sehr zu wünschen übrig. Auch österreichische Exportgüter verlassen über die Donau via Regensburg das Land. Die Tonnage der DDSG ist z. Zt. nur zu etwa 70% ausgenützt. Die Gesellschaft kann sich nur mit Hilfe eines vom Staat vermittelten Kredites über Wasser halten, doch dürfte das anders werden, sobald der Donauverkehr wieder offen ist. Die DDSG beschäftigt noch immer 1400 Personen.

Rapider Anstieg des Güterumschlags im Triester Hafen

Der Schiffsverkehr von Triest nach der Levante und nach Amerika hat in letzter Zeit infolge der vorteilhaften tarifarischen und technischen Voraussetzungen eine beachtliche Erweiterung erfahren. In den ersten 4 Monaten 1949 wurden in Triest rund 650 000 t umgeschlagen, was etwa dem gesamten Umschlagsvolumen des Jahres 1938 gleichkommt. Ein bedeutender Teil der ankommenden Frachten entfiel auf österreichische Eisen-, Magnesit-, Holz-, Papier- und Düngemittelexporte. Wenn die bisherige Entwicklung anhält, dürfte (...) bis Jahresende mit einer Zunahme des Güterumschlages von 2 Mill. t rechnen können. Der Eisenbahnverkehr von Triest nach Österreich geht fast ausschließlich über die einspurige Bergstrecke über Tarvis, während die bei den über Jugoslawien führenden Strecken hauptsächlich aus tarifarischen Gründen nur wenig benutzt werden.

Deutscher Seehäfenverkehr steigt

20,06 Mill. t im 1. Halbjahr 1949

Der Schiffsverkehr in den deutschen Seehäfen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war im ersten Halbjahr 1949 um 4,879 NRT (32,37%) größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und erreichte 20,06 Mill. NRT gegenüber 15,18 NRT im ersten Halbjahr 1948. Von dem Gesamtverkehr entfallen rund 50% auf einlaufende Schiffe (10 148 mit 10,58 Mill. NRT). Ausgelaufen sind sogar 10 980 Schiffe, die jedoch nur 9,48 Mill. NRT aufweisen. Auf den Auslandsverkehr entfallen von dem Gesamtschiffsverkehr der deutschen Seehäfen 16,88 Mill. NRT (1. Halbjahr 1948: 11,78 Mill. NRT) und 3,18 Mill. NRT (3,40 Mill. NRT) auf den Inlandsverkehr. Der Güterumschlag wies im gleichen Zeitraum auf Grund der einseitigen Raumauslastung vor allem im Überseeverkehr gegenüber dem ersten Halbjahr 1948 nur eine Steigerung um 1,57 Mill. t (15,7%) auf 11,87 Mill. gegenüber 10,38 Mill. t im ersten Halbjahr 1948 auf. Von dem Gesamtgüterumschlag entfielen fast 50% (5,85 Mill. NRT) auf die von Übersee kommenden Einfuhren (1. Halbjahr 1948: 4,40 Mill. NRT), während nach Übersee nur 0,8 Mill. (0,1 Mill. t) verandt wurden. Von dem Europaverkehr entfielen 2,04 (1,43) auf den ankommenden und 3,0 (1,7) Mill. t auf den abgehenden Verkehr. Der Inlandsverkehr wies im ersten Halbjahr 1949 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sogar einen Rückgang auf 1,12 (1,38) im ankommenden und 1,14 (1,39) Mill. t im abgehenden Verkehr auf. An der Zunahme des Gesamtgüterumschlags waren die größeren deutschen Seehäfen unterschiedlich beteiligt, die größte Zunahme hat Brake mit 164% gegenüber dem 1. Halbjahr 1948 auf 6,9 Mill. t aufzuweisen, es folgen Emden mit 138% (3,1 Mill. t) und Hamburg mit 130% (4,7 Mill. t). An letzter Stelle der Tabelle stehen Nordenham und Lübeck, welch letzteres nur 61% des Vorjahr-Halbjahrumschlages erreichte.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG G.m.b.H., Konstanz a. B. · Karlsruher Büro: Karlsruhe Bd., Veilchenstr. 18. Chefredakteur: Oskar Kraemer. Zuständiges Verlagspostamt: Bühl/Baden. Bezugspreis ¼ jährl. DM 5.—, zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 18. Anzeigenpreise: Textanzeigen: die 34 mm breite Millimeterzeile DM 3.—, Anzeigenteil: die 38 mm breite Millimeterzeile 30 Dpf., Klein-Kompreß-Anzeigen 40 Dpf.; Stellengesuche 30 Dpf. Für Zahl u. Anzeigenspezialseite Nr. 4 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dumping als politische Waffe der SED

Osteuropa-Produkte werden billig auf den Westberliner Markt geworfen, um Westmark zu bekommen

Daß man die wirtschaftliche Kampfform des Dumpens auch mit politischen Nebenabsichten anwenden kann, beweist der stellvertretende Vorsitzende der SED, Walter Ulbricht, der vor leitenden Funktionären dieser Partei neue Versuche ankündigte, durch verstärktes Dumping „die Geldsäcke in Westberlin abzusaugen". Er stellte größere Warenlieferungen aus der Tschechoslowakei und aus Bulgarien in Aussicht, die nun nicht etwa den Bewohnern der Ostzone oder des Ostsektors zugute kommen sollen, sondern diese Güter sollen zu „niedrigen Preisen" in Westberlin für Westmark verkauft werden. Das ist in mancher Beziehung recht interessant. Es zeigt einmal, daß die Ostzone und auch der Ostsektor Berlins nicht in der Lage wären, dieses Dumping zu betreiben, und beweist indirekt damit den Warenmangel im sowjetisch besetzten Deutschland, und weiterhin den Mangel an der „Edeldevise Westmark", die die DWK aber bitter nötig braucht, wenn sie die fehlenden und anderwärts nicht zu beschaffenden Investitionsgüter und Spezialerzeugnisse für den Aufbau der Industrie in der Ostzone in den Westzonen erwerben will. Zwar weist man in der östlichen Presse immer wieder darauf hin, daß man den Güteraustausch mit den Westzonen nur im Interesse der „Einheit Deutschlands" anstrebe und aus reiner Nächstenliebe der kapitalistischen Wirtschaft in den Westzonen aus der Krise helfen wolle, doch sieht jeder Einsichtige, besonders wenn er im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands wohnt, daß man hier das Pferd am Schwanz aufzäumt, und daß die Ostzone in der Tat der bedürftige Teil ist.

Es ist heute schon so, daß man polnische Fischkonserven, „russischen" Kakao, Molkereibutter aus dem sowjetischen Sektor Berlins und vieles andere östlicher Herkunft in den Westsektoren für Westmark erwerben kann. Dieses Verfahren in großem Maßstab betrieben, ist jedenfalls vom östlichen Standpunkt aus günstiger als die Umwechslung großer Ostmarkbeträge, die sich in einem Kursdruck auf die Ostmark auswirken pflegen. Diese Methode verfolgt offenbar das Ziel, auf einem kleinen Umweg an die begehrten westdeutschen Fabrikate heranzukommen, die eben nur für Westmark erhältlich sind. Man entblößt die Ostzone von den Gütern, die in Osteuropa marktfähig sind, zum Schaden der ostdeutschen und Ostberliner Bevölkerung, versucht die aus diesen Ländern gelieferten Waren in den Westsektoren für Westgeld abzusetzen, wobei man außerdem noch billig sein kann, und kauft für die erlöste Westmark in Westdeutschland ein. Der Leidtragende bei dieser Manipulation ist die Bevölkerung der Ostzone und Ostberlins.

Man muß aber die Hilfe der osteuropäischen Länder in diesem Fall in Anspruch nehmen, denn die ostzonale und Ostberliner Warenerzeugung entspricht nicht den Anforderungen, die von der Westberliner Bevölkerung an die Qualität gestellt werden. Daß dem so ist, geht aus Äußerungen des sowjetischen Organs „Tägliche Rundschau" hervor, die sich in der letzten Zeit mit den Problemen der Qualität und der Preise der ostzonalen Waren sehr eingehend beschäftigten. Billiger und besser produzieren verlangt das Organ der sowjetischen Besatzungsmacht, und weiß dabei, daß dies unter den gegenwärtigen Umständen kaum möglich ist. Diese Forderung scheitert an der technischen Unzulänglichkeit der Erzeugungsapparates, an dem Kosten des aufgeblähten Verwaltungsapparates und weiterhin daran, daß die menschliche Arbeitskraft, die die technischen Schwächen ausgleichen soll, kaum mehr über das bereits erreichte „Hennekemaß" hinausgetrieben werden kann. Nichtsdestoweniger wird diese Forderung aufgestellt.

In einem Referat „Es geht um die Senkung der Handelspreise", wird in der „Täglichen Rundschau" über die Beschlüsse der Handelskonferenz im Neuen Stadthaus berichtet. Wenn in diesem Referat „festgestellt" wird, daß der Volkseigene Handel billiger sei, die Fachgruppe Textil mit einer Großhandelsspanne von nur 8 % arbeite, während der private Großhandel 25—30 % benötige, und wenn daraus gefolgert wird, daß der private Großhandel unzüchtiger sei, so ist dazu zu sagen, daß man bei diesen Feststellungen unerwähnt läßt, daß der Privathandel unter den denkbar ungünstigsten Voraussetzungen und unter großen Benachteiligungen sich in der Ostzone zu behaupten versucht. Im übrigen wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Preispolitik der HO vor der Aufhebung der Blokkade, als die private Kokurrenz Westdeutschlands noch nicht in Erscheinung getreten war, und man unter anderem den Zentner Kartoffeln der vorjährigen Ernte an die Ostberliner Bevölkerung mit 100 Ostmark verkaufen konnte. Das gleiche gilt für alle anderen Dinge des täglichen Bedarfs, die erst infolge der westlichen Konkurrenz im Preise angepaßt werden mußten.

Versuchen die ostzonalen Wirtschaftsstellen auf direktem Wege durch ein Warendumping in Westberlin an die so sehr begehrte Westmark zu kommen, ohne den Kurs der Ostmark allzusehr zu drücken, so sind sie bemüht, nach dem gleichen Verfahren bei den interzonalen Handelsbesprechungen im Wege des Warenaustausches auf Verrechnungsbasis an die ebensosehr begehrten westdeutschen Erzeugnisse heranzukommen. Sie bieten dabei Waren an, an denen in den Westsektoren kein Mangel herrscht, und versuchen diese Angebote dadurch schmackhaft zu machen, daß sie zu Preisen anbieten, mit denen die westdeutsche Industrie nicht konkurrieren kann. So wird eine versenkbare Nähmaschine mit 720 Ostmark z. B. angeboten, d. h. in Westmark zu 130 bis 150 Mark, eine Olympia-Reiseschreibmaschine etwa zu dem gleichen Westmarkpreis mit 700 Ostmark. Die Preise für Akkordeons liegen zwischen 500 und 3000 Ostmark oder rund 85—350 Westmark. Radio-Supergeräte sind schon zu 450 Ostmark, d. h. etwa zu etwa 78 Westmark angeboten.

Es ist klar, daß die westdeutsche Industrie mit solchen Dumpingpreisen nicht in Wettbewerb treten kann, denn in Westdeutschland ist man nach dem Zusammenbruch allmählich daran gegangen, die Rohstoffpreise dem Weltmarktniveau anzupassen, während man in der Ostzone die Stoppreise von 1944 beibehalten hat, was nicht nur den Rohstoffmangel außerordentlich verschärft hat, sondern auch der Sowjetunion den Bezug von ostdeutschen Erzeugnissen aus der laufenden Produktion auf Reparationskonto, und zwar die „Creme" der Erzeugung, zu diesen niedrigen Preisen ermöglichte. Der Rest kam dann, soweit er nicht noch exportiert wurde, in Form des Ausschusses der ostdeutschen und Ostberliner Bevölkerung zugute, und das zu Preisen, die nur als wucherisch zu bezeichnen waren, ehe die westdeutsche Konkurrenz die Handelsorganisation der Ostzone zwang, ihre „freien Waren" zu einem nicht willkürlich festgesetzten Preis an die Bevölkerung abzugeben. Wie sehr es sich bei den ostdeutschen Preisen der HO vor der Aufhebung der Blockade um Phantasiepreise handelte, kann man daraus ersehen, daß trotz des höheren Rohstoffindex in den Westzonen infolge der Konkurrenz Westdeutschlands die HO sogar auf der Basis des Wechselkurses Ostmark-Westmark ihre Preise senken mußte und konnte.

Wenn man jetzt auf der Basis des Wechselkurses zu den oben erwähnten Preisen, ostdeutsche und Ostberliner Waren in Westdeutschland anbietet, so kann man wohl von einem Dumping sprechen. Es handelt sich aber wie gesagt, nicht nur um ein wirtschaftliches Dumping, es werden damit auch politische Ziele verfolgt. Auf der einen Seite beteuert die ostzonale Presse immer wieder, daß sie der westdeutschen Wirtschaft im Interesse der „Einheit Deutschlands" aus der Krise helfen wolle mit ihren Bemühungen, den Interzonenhandel wieder in Gang zu bringen, auf der anderen Seite hat dieses Dumping den Zweck, an die benötigten westdeutschen Investitionsgüter und Spezialerzeugnisse heranzukommen und gleichzeitig die Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft, wenn möglich noch zu steigern und eine Krise hervorzurufen.

Natürlich streitet die ostdeutsche Wirtschaftsorganisation das Vorhandensein von Dumpingabsichten ab. So hat jetzt der Leiter der Exportabteilung Interzonen- und Außenhandel, Ernst Frankfurter, in einem Aufsatz im „Neuen Deutschland" erklärt, daß man sich bemühe, die Preise für die „Ausfuhr nach Westdeutschland" dem westdeutschen Niveau anzugleichen, daß es aber „naturgemäß nicht immer leicht sei die richtigen Preise zu finden". Gemessen an der Fähigkeit, „die richtigen Preise vor der Aufhebung der Blokkade zu finden", sollte man meinen, daß es jetzt nicht allzu schwer wäre, den Anschluß an das westdeutsche Preisniveau zu finden. Es liegt aber weder im Interesse der ostdeutschen Wirtschaftsstellen noch im Interesse der die Wirtschaftspolitik in der Ostzone bestimmenden sowjetischen Besatzungsmacht, diesen Ausgleich anzustreben. Es ist unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen viel einfacher, den westdeutschen Wirtschaftsorganen einschließlich der Besatzungsmächte, die Schuld an der Spaltung Deutschlands zuzuschieben, und sie mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zu belasten. Über dem Bestreben, den Anschluß an die westdeutsche Spezialindustrie zu erlangen, vergißt man jedoch nicht, politisches Kapital aus den gegenwärtigen Verhältnissen zu ziehen. Zumindesten versucht man es. Mit welchem Erfolg, haben die westdeutschen Wahlen zum Bundestag allerdings klar erkennen lassen.

De Te We gut beschäftigt

Die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG., Berlin, verfügt über einen guten Auftragsbestand und ist voll beschäftigt. Das im amerikanischen Sektor liegende Stammwerk wurde im Mai 1945 restlos demontiert, die Gebäudeanlagen im Kriege 30 Prozent zerstört. Nach Sagan und Braunau in Schlesien verlagerte Betriebe gingen durch Abtrennung der Ostgebiete verloren. Die Zweigfabriken in Bleicherode am Harz und Wittgensdorf i. Sa. sind als volkseigene Werke in der Ostzone aus dem Gesellschaftsgefüge ausgeschieden. Das im Berliner Ostsektor liegende Kabelwerk Oberschöneweide wurde nach der Demontage nicht wieder aufgebaut. Die früheren Produktionsstätten in der Friedelstraße, Nannystraße und Curtidamm, die im Kriege schwer beschädigt und 1945 ihre Maschinenparks verloren, sind für die Produktion ausgefallen.

Das Unternehmen hat sich auf dem Wiederaufbau des Stammhauses in der Zeughof- und Wrangelstraße beschränkt, der sukzessive weiter fortgesetzt wird. Da es gelang, einen großen Teil Spezialwerkzeuge der Beschlagnahme zu entziehen, konnten in eigenen Werkstätten und durch Zurückführung verlagerter Maschinen neue Produktionsmittel geschaffen werden. Der Maschinenpark hat wieder zirka 30 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht und auch die Kapazität des Werkes hat zirka 30 Prozent erlangt und wird voll ausgeschöpft. Ende Mai 1945 wurde die Arbeit mit 50 Mann aufgenommen und die Belegschaft entsprechend den Produktionsmöglichkeiten bis Ende 1948 auf 750 Mann gesteigert. Auch während der Blockade arbeitete die Fabrik voll und konnte ihre Arbeiterzahl auf über 1000 Köpfe erhöhen. Nach Blockadeende erfolgten weitere Einstellungen, so daß das Werk heute wieder 1250 Leute beschäftigt. Die Firma, die Fernsprechanlagen und -geräte, Kleinmotoren und die bekannten elektrischen Hamann - Automat - Rechenmaschinen herstellt, fertigt Rechenmaschinen bereits im Serienbau und liefert nach Westdeutschland sowie für den Export. Der Versand über die Luftbrücke während der Blockade ging reibungslos von statten. In den letzten Monaten hat der Exportanteil im Büromaschinenbau wieder 50 Prozent erreicht. Auf dem Fernsprechgebiet war die DeTeWe maßgebend am Wiederaufbau des Berliner und westdeutschen Fernsprechwesens beteiligt. Neben der Wiederinstandsetzung der Fernsprechämter in Berlin wurde hier das Fernamt Winterfeldstraße, die große Fernsprechzentrale der BVG und das neue Fernamt der Besatzungsmächte im Telefunkenhaus gebaut. Ebenso wurden in Westdeutschland viele Ämter wie das Fernamt Hannover, die Ortsämter Bielefeld, Braunschweig, Essen und Siegen in Arbeit genommen und die neue große Zentrale des NWDR in Hamburg gebaut.

Die Entwicklung der Rechenmaschinenfabrikation mußte zugunsten der Fernsprechanlagenproduktion verzögert werden. Das Berliner Geschäft unterliegt den zeitbedingten Schwierigkeiten. Die Werkerzeugnisse haben qualitativ, da keine Rohstoffeinschränkungen mehr bestehen, den Friedensstand erlangt. Neue Modelle sind im Bau und in der Sparte Büromaschinen sind erfolgversprechende weitere Entwicklungsarbeiten im Gange.

Die Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie will ihr Produktionsgebiet in Berlin erweitern und den bestehenden Facharbeitermangel durch Umschulung technisch versierter Kräfte, die in Berlin ausreichend vorhanden sind, beheben. In den Westzonen hat das Unternehmen in den Städten Bielefeld, Bremen, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Wuppertal technische Büros und beschäftigt dort zirka 500 Leute.

Investitionskredite zum Ausbau der Gebäude und für Anschaffungen neuer Maschinen zur Rationalisierung und Erweiterung der Fertigung, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden, sind dringend erforderlich. Das AK. der Gesellschaft beträgt 9 Mill. DM.

Siemens-Werke

beschäftigen in Berlin 34 000 und in Westdeutschland 40 000 Menschen

Der Aufbau der Siemens-Werke in Berlin macht gute Fortschritte. Der Maschinenpark, der durch Demontagen 1945 zu 98% verlorengeng, wurde wieder auf 50 % des Vorkriegsstandes gebracht. Die Kapazität des Unternehmens in Berlin hat ebenfalls 50% des Friedensstandes erreicht und wird voll ausgeschöpft. Nach Aufhebung der Blokkade erhielt die Firma aus Westdeutschland viele neue Werkzeugmaschinen, die es ihr ermöglichten, ihren Leistungsstand auf diese Höhe zu bringen. Die Werke, die während der Blokkade 41,5 Stunden wöchentlich arbeiteten, haben ihre Arbeitszeit jetzt wieder auf 44 Stunden heraufgesetzt und sind mit Aufträgen aus Westdeutschland und dem Auslande gut versehen. Die Lieferungen der elektrotechnischen Industrie Berlins betrugen im Juli wertmäßig 15 Mill. DM. Ein Drittel davon entfiel auf Siemens. Der Exportanteil belief sich auf 450 000 Dollar. Der Personalbestand der Berliner Werke, der während der Blockade gehalten wurde, konnte auch nach der Aufhebung im großen und ganzen gewahrt werden. Rationalisierungsmaßnahmen in einzelnen Fertigungen machten aber geringfügige Entlassungen notwendig. Die Belegschaftszahlen bewegen sich zwischen 33—34 000 Mann in Berlin. Irgendwelche Fabrikationsverlagerungen aus Berlin sind entgegen anderslautenden Nachrichten der Ostpresse in keiner Weise beabsichtigt. Die Kapazität der Berliner Fabriken einschließlich der Rundfunkfertigung bleibt voll erhalten.

Berlin ist Fabrikationszentrum für Meßinstrumente, Signalanlagen und Telefonapparate. Laufende Aufträge für den westdeutschen Bergbau, Gesteinsbohrer, Fördermaschinen, Spezialmotoren in Schlagwetter geschützten Ausführungen, Signalanlagen, Beleuchtungseinrichtungen sowie Schaltanlagen werden in Berlin ausgeführt. Die Berliner Siemens-Werke sind mit dem Bau der Fernsprechanlage für den Sitz der Bundesregierung in Bonn beschäftigt. Die automatische Anlage im Werte von über 100 000 DM wird noch im August fertiggestellt. Die Errichtung eines zweiten Verwaltungsamtes der Gesellschaft in München war aus formal juristischen Gründen und durch die Blokkade, die einen verstärkten Ausbau der westdeutschen Fabriken notwendig machte, bedingt. Berlin bleibt Zentrale und Herzstück des Gesamtunternehmens. Mit der Ostzone wurden nach der Blockade wieder Geschäftsverbindungen aufgenommen. Bestellungen auf Motoren, Kraftwerksausrüstungen, Schalter und Telefone werden auf Westmark-Basis geliefert.

Außer der bereits bestehenden Turbinenfabrik in Mülheim, der Transformatorenfabrik Nürnberg und den Siemens-Reiniger-Werken in Erlangen sind aus Verlagerungsbetrieben in Westdeutschland nach dem Kriege in Speyer, Karlsruhe, Balingen, Heidenheim und Bocholt neue Fabriken errichtet worden. Diese Produktionsstätten arbeiten alle voll und haben umfangreiche Aufträge zu erledigen. Erlangen liegt besonders gut im Exportgeschäft. In Westdeutschland beschäftigt die Firma etwa 40 000 Arbeiter. Die nach Kriegsende eingetretenen Veränderungen hatten eine Umschichtung der Siemens-Kapazität im Gefolge. Zwei Drittel derselben liegen heute in Westdeutschland, da die Werke durch die rigorosen Demontageeingriffe in Berlin und den Verlust ihrer Fabriken im Berliner Ostsektor wie Siemens-Plania sowie in der Ostzone ihren Schwerpunkt dort verloren. Das Hauptbetätigungsfeld der Gesellschaft in Westdeutschland ist der Aufbau der Elektrizitätswirtschaft mit Erstellung öffentlicher und Zechenkraftwerke. Der Dampfturbinenbau in Mülheim forciert. Rohstoffmäßig bestehen nur für hochwertige Materialien noch gewisse Schwierigkeiten. Bei der hohen Bedeutung, die der Elektroindustrie beim Wiederaufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft zukommt, haben auch die Siemens-Werke auf dem internationalen Markt große technische Aufgaben zu erfüllen. Das Übersegeschäft wird durch die englisch-amerikanische Konkurrenz stark gehemmt. Diese macht sich auch schon auf dem europäischen Absatzmarkt fühlbar. In Westdeutschland konnte die Gesellschaft nach dem Kriege einschließlich des Wiederaufbauprogrammes ihre Finanzierung aus eigenen Mitteln bestreiten. Die Berliner Werke waren wegen Blockierung ihrer Bankguthaben aus Betriebsmittelmangel auf Kredite angewiesen, die sich aber in verhältnismäßig kleinem Rahmen bewegten. Die allgemeine Finanzlage auch der Berliner Siemens-Werke ist gesichert. Dieser Umstand wird auch dadurch dokumentiert, daß Siemens in Berlin wieder 75% der alten Pensionen und Jubiläumsgeschenke an seine Arbeiter und Angestellten zahlt. Selbstverständlich werden zum weiteren Ausbau, um die Werke wieder auf den alten Leistungsstand zu bringen, Investitionskredite in Berlin benötigt.

Berlin braucht Kredite

Gegenwertfonds sollen auch hier einspringen

In allen Berechnungen über die Mobilisierung von langfristigen Krediten für die Wirtschaft ist ein neuer Faktor getreten: Berlin. Die Sektorenkommandanten von Berlin haben in einer Denkschrift an die Militärregierungen der Westzonen empfohlen, der Berliner Wirtschaft einen Kredit in Höhe von 455 Mill. DM einzuräumen und von amerikanischer Seite wurde verlautbart, daß sich dieser Betrag auf 700 bis 800 Mill. DM erhöhen würde. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Absicht bestände, den zunächst vorgesehenen Kredit von 455 Mill. DM aus den Gegenwertfonds zu decken.

Es steht außer Frage, daß die Kreditnot in Berlin, dessen Industrie an dem in Westdeutschland stattgehabten Industrieaufschwung keinen Anteil gehabt hat, besonders akut ist und daß auch die westlichen Alliierten besonders daran interessiert sind, eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit in Berlin zu verhindern. Aus eigener Kraft wird es in Berlin nicht gelingen, der Kreditnot zu steuern, ebensowenig, wie dieses der westdeutschen Privatwirtschaft möglich ist. Wie aus Berliner Meldungen hervorgeht, hat die dortige Zentralbank bisher den größten Teil der fundierten Kreditnachfrage nachkommen können, wobei sie oft darüber hinweggesehen hat, daß die als kurzfristig ausgeliehenen Gelder offensichtlich den Charakter mittelfristiger oder auch langfristiger Investitionskredite annehmen mußten. Um auch weiterhin den dringenden Anforderungen gerecht zu werden, hat die Zentralbank kürzlich Verhandlungen mit Frankfurt geführt, mit dem Ziel, in Westdeutschland 50 bis 60 Mill. DM für Berlin flüssig zu machen, doch scheinen die in Aussicht genommenen Mittel zur Zeit nicht greifbar zu sein. Die Berliner Banken klagen darüber, daß die Geschäftsinhaber es wegen der unsicheren Lage allgemein vermeiden, ihre freien Mittel in den Banken anzulegen und die Zahlungsmittel von Hand zu Hand gehen zu lassen, womit sie den Kreditinstituten die Grundlage für ein erweitertes Aktivgeschäft entziehen. Zur Zeit der Geldnot wenden sie sich aber um Kredit an die Banken und sind enttäuscht, wenn sie Absagen erhalten, sofern sie sich nicht früher eine Bankverbindung gesichert haben. Die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs könnte sowohl in Berlin als auch in Westdeutschland wesentlich zu einer Erweiterung des Kreditvolumens beitragen.

Bei den jetzt für die Berliner Wirtschaft angeforderten großen Krediten dürfte es sich um langfristigen Kredit handeln, den Berlin dringend braucht, um durch Investierungen die Produktion anzukurbeln. Falls die entsprechenden Summen aus den Gegenwertfonds bewilligt werden sollten — und es sieht danach aus — würde dieses einen erheblichen Ausfall für Westdeutschland selbst bedeuten.

Weitere Lageberichte aus Berlins Industrie

Schwartzkopff gut beschäftigt

Der Wiederaufbau der Berliner Maschinenbau AG., vormals L. Schwartzkopff macht gute Fortschritte. Die Kriegsschäden des Stammwerkes in der Scheringstraße wurden weitgehendst behoben und der durch Demontagen restlos verlorengegangene Maschinenpark soweit wieder aufgefüllt, daß das Unternehmen jetzt 1000 Leute der früher 2500 Köpfe betragenden Belegschaft beschäftigen kann. Das Vorkriegsproduktionsprogramm des Betriebes, die Herstellung von Linotypesetzmaschinen, Owens-Flaschenmaschinen und anderen hochwertiger Glasmaschinen, mit denen die Gesellschaft auf dem europäischen Markt führend war, wurde aufgenommen. Laufende Aufträge hierfür sichern den Beschäftigungsgang für lange Fristen. Die eigene Gießerei der Firma verfügt über eine Kapazität von 500 t Gußstücken im Monat. Gußstücke für den Turbinenbau bis zu einem Rohgewicht von 23 t werden fabriziert. Linotypesetzmaschinen werden bereits im Fließband erzeugt. Mit dem Bau neuer Großmaschinen in der Abteilung Flaschen- und Glasmaschinen wurde begonnen. Das Exportgeschäft verheißt hoffnungsvolle Perspektiven. Durch Überlassung von Werkstätten der ehemaligen Rheinmetall Borsig AG. i. L. in Berlin-Tegel durch die französische Militärregierung konnte das Produktionsprogramm wesentlich erweitert werden. Aufträge für die städtischen Versorgungsbetriebe Berlins und Teilfertigungen für Spezialmaschinen werden dort ausgeführt. Außerdem kann der Rest der Borsig-Belegschaft hierbei Beschäftigung finden. Die in der Ostzone liegenden Zweigfabriken, wie die einst größte Lokomotivfabrik Europas in Wildau in der Mark Brandenburg, die restlos demontiert wurde, gingen der Gesellschaft durch Enteignung verloren. Zum weiteren Ausbau benötigt das Unternehmen, das sich bisher aus eigenen Mitteln finanziert, Investitionskredite. Nach Erhalt derselben ist mit einer Steigerung des Personalbestandes zu rechnen.

Daimler-Benz, Berlin, baut auf

Das Zweigwerk der Daimler-Benz AG in Berlin-Marienfelde, das sich bisher auf die Reparatur von Kraftwagen und die Anfertigung von Ersatzteilen beschränkte, soll in größerem Umfange ausgebaut werden. Die Berliner Fabrik, die für ihr Stuttgarter Mutterhaus Aufträge für Ersatzteile erledigte, will die Herstellung von Aggregaten und Motoren aufnehmen und in Berlin selbst Lastwagen produzieren.

Das Fabrikationsprogramm wird etappenweise abgewickelt und ist an keine festen Termine gebunden. Die Inangriffnahme des Lastwagenbaues in Berlin hängt von der Wirtschaftslage ab. Die Belegschaft des Unternehmens in Berlin-Marienfelde konnte von 150 auf 320 Köpfe erhöht werden. Wenn die für Berlin vorgesehenen Investitionskredite genehmigt werden, hofft der Betrieb, seinen alten Arbeiterstamm wieder einzustellen und die Beschäftigtenzahl noch über den Vorblockadestand von über 550 Köpfen zu steigern.

Grotejahn braut wieder Malzbier

Die Berliner Malzbierbrauerei Grotejahn AG., das größte und bekannteste deutsche Spezial-Unternehmen für Malzbiere, nimmt im August das Vorkriegsprogramm wieder auf. Die Firma, die während der Blockade teilweise nur 36 Stunden arbeitete, nahm keine Entlassungen vor und ist seit Pfingsten wieder voll beschäftigt. Nach Aufhebung der Blockade ist die Rohstoffbasis gesichert. Grotejahn wird deshalb die aushilfsweise in den Nachkriegsjahren für den zivilen Sektor erzeugten hellen Biere nicht mehr brauen, sondern sich ausschließlich mit der Malzbierherstellung befassen. Grotejahn Malzbiere werden wieder in altgewohnter Qualität auf den Markt kommen. Nur für die Besatzungstruppen wird noch hochprozentiges helles Bier gemacht. Grotejahn Malzbiere, die früher in ganz Deutschland abgesetzt wurden, sollen auch jetzt wieder nach Westdeutschland verkauft werden. Zahlreiche Anfragen aus dem Westen, vor allem aus dem nordwestdeutschen Raume, liegen vor und beweisen das rege Interesse Westdeutschlands für Grotejahn Spezial-Malzbiere.

Berliner Filmindustrie plant Produktionserweiterung

Die Berliner Filmindustrie beschäftigt, trotz Auslandskonkurrenz, Rentabilitäts- und Finanzierungsschwierigkeiten in Kürze in Westberlin wieder wertvolle Filme zu drehen. Die technischen Voraussetzungen für große Spielfilme sind gegeben. Die einstigen Ufa-Ateliers in Tempelhof werden demnächst durch die Halle IV erweitert, so daß es im Herbst möglich ist, dort zwei Filme nebeneinander zu drehen. Der Aufbau weiterer Ateliers soll in Angriff genommen werden. Statt 8—10 wie bisher können dann in Westberlin 20—25 Filme jährlich hergestellt werden. Großberlin produzierte vor dem Kriege 80 bis 90 Filme im Jahr. Von den zur Filmproduktion zugelassenen 60 Berliner Firmen arbeitet nur ein kleiner Teil. Da die Kosten eines Spielfilmes sich durchschnittlich in Berlin auf 600 000 bis 800 000 DM West stellen, war die Finanzierung immer sehr schwierig. Für die Ausgaben waren zumeist von den Banken nur Kredite bis zu 50% erhältlich. Die Filmindustrie braucht dieserhalb dringend Kredite, um zunächst auf dem deutschen Markt und dann auch im Ausland wieder Fuß zu fassen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Englands Verhandlungen in USA

Die innerpolitischen Schwierigkeiten und die Kritik der Amerikaner

Anfang September wird eine Finanzkonferenz zwischen englischen Politikern und Sachverständigen einerseits und Politikern der USA stattfinden. Eine Reihe von englischen Herren sind bereits auf dem Wege nach USA. Was inzwischen über den Gegenstand dieser Konferenz durchgesickert ist, läßt sich zusammenfassen unter dem Wunsch der Engländer, für Gummi, Zinn und Zucker neue Preise auszuhandeln und die Amerikaner zu ermuntern, Gummi und Zinn zusätzlich zur Vorratshaltung zu kaufen. Wahrscheinlich wird auch das Thema: Erhöhung des Goldankaufpreises zur Debatte stehen. Man ist in England bereits jetzt, ehe die führenden Politiker Englands sich mit der „Queen Elizabeth" nach den USA einschiffen, darüber verschnupft, daß der US-Finanzminister Snyder den Vorsitz in dieser Konferenz führt, der wesentlich schärfer und unnachgiebiger gegenüber englischen Wünschen ist als Außenminister Acheson der eigentlich den Vorsitz haben sollte. Immerhin will man den Engländern freie Initiative in USA für ihre Verhandlungen lassen. Übrigens ist auch der Direktor der Weltbank Blake inzwischen nach Paris gekommen und wird von dort aus nach London fahren, was wohl auch in diesen Zusammenhang gehört.

Immerhin wird die Reise der eben aus seinem Urlaub in der Schweiz zurückgekehrten Herrn Cripps nicht die gleiche Bedeutung haben wie s. Zt. die Reise von Herrn Keynes nach den USA. Eine Anleihe springt nicht heraus. Jedenfalls nicht formal. In Wirklichkeit wird der Ankauf von größeren Mengen Gummi und Zinn für die strategische Rohstoffreserve der USA praktisch auf das Gleiche hinauslaufen wie eine Anleihe. Jedoch würden die Amerikaner wohl heute den Engländern keine Anleihe mehr geben. Nach den Erfahrungen mit der Anleihe von Keynes, die mit einer geradezu genial zu nennenden Schnelligkeit im Wüstensand der Labour-Finanzkunststücke verschwand, dürfte mit einer Anleihe auch nicht zu rechnen sein.

Widersprüche des Kriegsministers

Die Engländer sind im übrigen alte Taktiker. Während die ersten Meldungen über diese bevorstehende Konferenz in den Äther gingen, bemühte sich der Herr Kriegsminister Englands (was hat er eigentlich damit zu tun?) seine Beschwerde gegen die Kritik, die man überall England entgegenbringt, anzubringen. Dabei unterliefen ihm einige Widersprüche, die man einem Kriegsminister ja nicht übelnehmen kann, weil er von wirtschaftlichen Dingen nicht viel versteht. Wenn er z. B., mit der Absicht, auf die Tränendrüsen zu drücken, behauptete, die Engländer hätten eben sechs Jahre Krieg und Zerstörungen zu überwinden gehabt, dann darf er nicht im gleichen Atemzuge stolz erklären, die Produktion und der Export seien heute wesentlich größer als vor dem Krieg. Tatsächlich hat England nach der Seite der Produktion und des Exports den Krieg längst überwunden und steht viel besser da als je vor dem Krieg. Schlechter geht es nur den Engländern, insbesondere den englischen Arbeitern — weil eben eine Arbeiterregierung am Ruder ist. Schlechter geht es insbesondere natürlich auch dem englischen Devisenschatz, eben weil nicht gewirtschaftet, sondern doktrinär experimentiert wird. Aakesten an führenden wirtschaftspolitischen Posten sind immer eine Gefahr.

Sommersorgen

So haben wir also die folgende Darstellung in zwei Teile zu zerlegen: 1. Die Sorgen der Labour-Regierung in England, die durch strenge Haltung des Kriegsministers, siehe oben, abgeragert wird, und 2. das Verhältnis zwischen Labour-Regime und den USA.

Das Preisdekret

Beginnen wir bei den Sommersorgen der Labour-Regierung wie es kürzlich die „Neue Zürcher Zeitung" nannte. Einige Minister wollten sogar ihre Ferien aufschieben, weil das Preissenkungsdekret zu erheblichen Protestaktionen des Einzelhandels geführt hatte. Die Regierung hatte bekanntlich eine fünfprozentige Preisherabsetzung in Schuhen, Kleidern und Wäsche der unteren Preisorten angeordnet. Der Handel folgte dieser Anweisung nicht. Es begann eine offene Ungehorsamsbewegung. Die Maßnahme war überstürzt (die Minister wollten eben in Urlaub) und sie war von höchstzweifelhafter Berechtigung. Dieser Fall hat gezeigt, daß auch die Labour-Regierung, die wie alle Arbeiterregierungen sehr autoritär regiert, sich über derartig heftige Ressentiments hinwegsetzen kann. Nach Schätzungen der Auslandspresse sind etwa 200 000 kleiner und kleinster Geschäftsinhaber und Angestellter von diesem willkürlichen Preisdekret bedroht. Mag man noch so sehr der berechtigten Überzeugung sein, daß in England auch der Einzelhandel überset ist, die Labour-Regierung darf nicht vergessen, daß in zehn Monaten Wahlen sind, und der Mittelstand eine große Zahl von Wählern darstellt. Gerade der untere Mittelstand hat beim letztenmal für die Labour-Regierung gestimmt und vielleicht so den Ausschlag zum Wahlsieg der Labour-Partei gegeben.

All dies hat nach guten Informationen dazu geführt, eine Verschiebung der Inkraftsetzung um mehrere Wochen bis Ende September zu erwägen. Führende Wirtschaftskreise halten diese Lösung des Konflikts für falsch. Man steht auf dem Standpunkt, entweder soll die Regierung auf das Preisdekret verzichten oder man sollte es auf alle Konsumgüter ausdehnen und dann von der Fabrikation bis zum Einzelhandel.

Streiks hören nicht auf

Auch in der Front der Arbeit geht die Unruhe weiter. Die Streiks reißen nicht ab, insbesondere bei den Eisenbahnen kommt kein sozialer Friede zustande. Die erste Welle von Sonntagsstreiks ist überwunden, jetzt haben einige andere Angestellte gestreikt, weil das Auswärtslogieren des Betriebspersonals noch nicht geregelt ist. Ziemlich krasse Fälle von Disziplinlosigkeit und Vertragsbruch bringen die Regierung in eine schwierige Lage. Rechtlich könnte sie gegen die Vertragsverbrecher vorgehen, politisch erscheint es nicht tunlich zu sein. Auch für die Gewerkschaften ergibt sich hieraus eine Bewährungsprobe. Sind sie fähig, die extremen Elemente vor der Verhetzung durch kommunistische Unruhestifter zu bewahren?

Auch das Liftbedienungspersonal in den Kohlenbergwerken von Yorkshire und Lancashire wird streiken. Der Arbeitsminister und auch die große Grubengewerkschaft hält diesen Streik für illegal. Die Gewerkschaft will nötigenfalls aus anderen Arbeitskreisen Ersatzpersonal stellen. Es ist immerhin eine Sensation für England, daß dort zum erstenmal in der Geschichte der Gewerkschaften — eine Gewerkschaft Streikbrecher stellt.

Das Faß ohne Boden

Daß eine Arbeiterregierung mit Streiks nicht fertig wird, die das Wirtschaftsleben ihres Landes gefährden, daß die Bevölkerung heute schlechter lebt als während der schlechtesten Kriegsjahre, obwohl die Produktion wesentlich höher ist als je vor dem Krieg, und daß trotz einer Dreiamleihe vor zwei Jahren und sich immer steigernder Exporte der Devisenfonds des Landes unter die Sicherheitsgrenze gesunken ist, läßt selbstverständlich sowohl in USA als auch in der internationalen Finanzwelt das Vertrauen zu den englischen Wirtschaftsexperimenten auf den Nullpunkt sinken. Der Herr englische Kriegsminister war (siehe oben) nicht umsonst so aufgebracht, daß Englands Wirtschaftspolitik einer so heftigen internationalen Kritik ausgesetzt ist. Am deutlichsten hat dies jetzt am Anfang dieser Woche ein republikanischer Abgeordneter der USA ausgedrückt: in die englische Wirtschaft dürfe man kein Geld mehr stecken, sie sei ein Faß ohne Boden; die Engländer sollten lieber vor der eigenen Türe kehren und die ungeheuren Staatsausgaben senken; dann können sie ganz von selbst wieder auf die Beine.

Ideologische Gegensätze und ihre Diplomatie

So grob ist man in den Kreisen der Diplomatie nicht, aber es scheint so, als ob die Amerikaner gern gesehen hätten, daß nicht nur Mitglieder der Labour-Partei in die USA zu den Verhandlungen kommen, sondern auch Konservative. Dieser Wunsch der Amerikaner ist natürlich den Labour-Ministern sehr unangenehm. Sie haben daher auch sofort abgewinkt; denn sie sagen mit Recht, ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft würde abspenstig werden, wenn sich die Labour-Regierung auf eine Koalition mit den Konservativen einließe. So wird die englische Delegation keinen leichten Stand haben. Herr Eden, den man in den USA gern begrüßt hätte, wird nämlich nicht mitfahren. Er wird sich auch hüten; denn das innerpolitische Spiel und die Verhandlungen mit den USA sehen ungefähr folgendermaßen aus:

Die ideologischen Gegensätze, die zweifellos zwischen den USA und dem Labour-Regime bestehen, möchte die Labour-Partei nicht ausnutzen, sie will weder eine amerikafeindliche Reaktion wecken, noch sich vorwerfen lassen, daß sie nicht fähig sei, mit Washington ins reine zu kommen; die Konservativen andererseits scheuen sich davor, als Vertrauensleute einer auswärtigen Macht dazustehen und damit den englischen Patriotismus, der gerade dem amerikanischen Gläubiger gegenüber empfindlich ist, gegen sich zu mobilisieren.

– nur eine Spritze

Die Labour-Regierung wird ihre Staatsausgaben nicht senken und damit auch nicht die Steuern. Sie wagt es auch nicht, an den Sozialleistungen des Wohlfahrtsstaates zu rühren. Sie fürchtet Unruhen in der Arbeiterschaft, die kostspieliger als die Fortführung der bisherigen Politik werden könnten. So weit sind die Engländer nun wirklich schon. Da bleibt keine Hoffnung auf neue Kredite der Amerikaner (die Kanadier haben von vornherein abgewinkt und erklärt, daß ihr bisheriger Aufwand von 2 Milliarden ihre Leistungsfähigkeit erschöpft habe). So bleibt also nur der Plan, durch amerikanische Investierungen im Kolonialreich und durch superkanische Einkäufe von Rohstoffen etwas Erleichterung zu schaffen und das Vertrauen zum Pfund für eine kurze Zeit wieder etwas zu erhöhen. Jedoch ist sich jeder einzelne darüber klar, daß damit die Krankheit der englischen Wirtschaft, die Sozialismus heißt, nicht geheilt wird, sondern daß das Ergebnis der Verhandlungen Anfang September bestenfalls, wie der Arzt sagen würde, eine Strophantinspritze wird.

Stahlerzeugung geht zurück

Über die Eisen- und Stahlgewinnung Großbritanniens veröffentlicht die britische Eisen- und Stahlvereinigung folgende Angaben (1000 longtons):

	Entsprechend einer Jahresrate von
Rohstahl	
Juli 1949	12 695
Juni 1949	16 645
Juli 1948	12 084
Roheisen	
Juli 1949	9 334
Juli 1948	8 900

Der Rückgang der Stahlerzeugung im Juli 1949 wird mit der Ferienzeit erklärt. Die Stahlerzeugung während der ersten sieben Monate dieses Jahres übersteigt den Vorjahres-Höchststand in der gleichen Zeit um 431 000 longtons.

Export gesunken

Die Ausfuhr Großbritanniens betrug im Juli nach den vom Sekretär für den Überseehandel herausgegebenen vorläufigen Zahlen 141,5 Mill. Pfund Sterling gegenüber 143,1 Mill. Pfund Sterling im Juni. Der Einfluß des Londoner Dockarbeiterstreiks im Juli auf den Außenhandel läßt sich wegen der erfolgten Umlenkungen nach anderen Häfen nicht abschätzen. Die Einfuhr erreichte nur 186,8 Mill. Pfund Sterling, während sie im Vormonat 201,7 Mill. Pfund Sterling betragen hatte. Die Wiederausfuhr wird mit 4,3 Mill. Pfund Sterling angegeben, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 40,7 Mill. Pfund Sterling ergibt gegenüber 54,3 Mill. im Juni. Der Juli hatte 26 Arbeitstage, während sich im Juni nur 24 Arbeitstage ergaben. Der Tagessatz des Exports betrug daher im Juli 5,44 Mill. Pfund Sterling und im Juni 5,97 Mill. Pfund Sterling. Der Rückgang belief sich somit auf etwa 9% des Vormonats.

Kohlenförderung auf Tiefstand

Mit 2,58 Mill. tons erreichte die britische Steinkohlenförderung in der Woche zum 6. August einen Tiefstand für dieses Jahr. Allerdings fiel in die Vorwoche ein gesetzlicher Feiertag. Trotz des jahreszeitlich bedingten Rückganges in den letzten Wochen, konnte die britische Steinkohlenförderung, die in diesem Jahre bis zum 6. August insgesamt 118,4 Mill. tons erreichte, die Vorjahresförderung im gleichen Zeitraum um mehr als 3 Mill. tons übertreffen.

Besserung in der Elektrizitätsversorgung erhofft

Die Restriktionen für den Elektrizitätsverbrauch der britischen Industrie werden im kommenden Winter nicht so hart ausfallen als im Vorwinter. Während der Wochentage im Dezember, Januar und Februar wird die Industrie ihre Spitzennachfrage von 8 bis 10 Uhr vormittags um 20% und von 16 bis 13 Uhr vormittags um 10% reduzieren müssen. Vom 1. Dezember bis zum 15. Januar wird außerdem von 4 bis 5.30 Uhr nachmittags eine 20%ige Verbrauchsbeschränkung in Kraft treten.

Frankreich:

Staatliche Exportförderung

Passivsaldo der Außenhandelsbilanz stark zurückgegangen

Die für den Monat Juli veröffentlichte französische Außenhandelsbilanz zeigt eindeutig, daß die Bemühungen nach einem Ausgleich der Außenhandelsbilanz von Erfolg begleitet sind. Ein- und Ausfuhr ist zwar zurückgegangen, doch ist gleichzeitig auch der Passivsaldo gegenüber Juni um 9,7 Mill. Fr. abgesunken.

Die französische Ausfuhr ist mengenmäßig von 3,16 Mill. t im Juni auf 3,31 Mill. t im Juli gestiegen, wertmäßig jedoch von 64,2 Mrd. Fr. auf 60,8 Mrd. zurückgegangen. Hierbei hat sich die Ausfuhr nach dem eigentlichen Ausland von 36,4 Mrd. im Juni auf 37,3 Mrd. erhöht, die Ausfuhr in die eigenen Kolonien dagegen von 27,8 Mrd. auf 23,5 Mrd. Fr. verringert.

Die Einfuhr ist im Juli sowohl mengenmäßig wie auch wertmäßig gegenüber Juni zurückgegangen und zwar von 3,73 Mill. t im Werte von 71,6 Mrd. Fr. auf 3,46 Mill. t im Werte von 67,5 Mrd. Fr. Dabei haben sich die Lieferungen aus dem eigentlichen Ausland von 52,8 auf 51,8 Mrd. und die Warenbezüge aus den Kolonien von 18,8 auf 15,7 Mrd. verringert.

In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres zeigt die französische Ausfuhr mit 15-84 Mill. t im Werte von 445,4 Mrd. Fr. eine bedeutende Ausweitung gegenüber der gleichen Zeit 1948 mit nur 9,7 Mill. t im Werte von 313,8 Mrd. Fr. Die Einfuhr zeigt ebenfalls gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg, und zwar von 22,32 Mill. t im Werte von 334,9 Mrd. Fr. auf 25,52 Mill. t im Werte von 536,3 Mrd. Fr. Der Passivsaldo hat sich demnach in den ersten sieben Monaten bei gleichzeitiger mengenmäßiger Steigerung der Aus- und Einfuhr von 111 Mrd. Fr. auf 84,9 Mrd. Fr. verringert, wobei sich die Deckung der Einfuhr durch die Ausfuhr von 65,5 Prozent auf 84 Prozent gebessert hat.

In dieser starken Ausfuhrsteigerung gegenüber dem Vorjahr wirken sich zweifellos bereits die verschiedenen Maßnahmen aus, die die französische Regierung in den letzten Monaten zwecks Förderung der Ausfuhr getroffen hat. So sieht das Gesetz vom 5. Juli 1949 u. a. vor, daß die Exportversicherung durch Erteilung der staatlichen Garantie für gewisse Risiken vervollständigt und ausgebaut wird und daß die Bestimmungen über die Befreiung der Ausfuhrwaren von der Produktion (Umsatz)-Steuer in einem für den Exporteur günstigen Sinne umgestaltet werden. Auch die Einfuhr von Waren, die für die Exportindustrie wichtig sind, kann unter Umständen steuerfrei erfolgen.

Außerdem wurden dem Exporthandel verschiedene Begünstigungen bezüglich des Bankkredits zugestanden. So räumt z. B. die Bank von Frankreich bei der Refinanzierung von Exportkrediten besonders lange Laufzeiten ein, damit auch die französischen Exporteure ihren Auslandskunden lange Zahlungsfristen gewähren können. Ferner werden die zur Finanzierung und sogar zur Vorfinanzierung von Ausfuhrgeschäften geschaffenen Wechsel von der Bank von Frankreich außerhalb des Rahmens der sonstigen Bedienstkontingente angenommen. Schließlich ist im Gesetz auch eine wesentliche Herabsetzung der Exportkreditzinsen von 3,4 auf 2 Prozent jährlich vorgesehen. Nach einem Beschluß der Bank von Frankreich werden Diskontierungserleichterungen nicht nur für abgeschlossene oder in Ausführung befindliche Exportgeschäfte, sondern auch für die Finanzierung von Exportaufträgen gewährt und die bisher üblichen Diskontsätze um 25 Prozent herabgesetzt.

Kreditstruktur

Der letzte offizielle Bericht der französischen Kreditbehörde — Direction Generale du Credit —, der die vorläufigen Ziffern bis Ende Juni 1949 enthält, läßt erkennen, daß die inflationistische Aufblähung des Geld- und Kreditumlaufs wesentlich geringer geworden ist. Im ersten Halbjahr 1948 sind gegenüber 1948 nur geringe Veränderungen festzustellen. Allerdings zeigt die Pariser Börse in den ersten Wochen eine Tendenz, die auf eine kommende weitere Aufblähung hindeutet.)

Die verfügbaren Mittel (Notengeld und Bankguthaben) sind von 2063 Mrd. Fr. im Jahr 1948 auf 2179 Mrd., also insgesamt um 116 Mrd. oder nur um 5,6 Prozent gestiegen, während die Steigerung von Ende 1947 bis Ende 1948 479 Mrd. Fr. oder 30 Prozent betrug.

Der gesamte Geldumlauf ist von 169 Mrd. Ende Dezember 1938 auf 2179 Ende Juni 1949, also um das 11½fache angestiegen, während sich die Lebenshaltungskosten um das 14fache und die Großhandelspreise sogar um das 18½fache verteuert haben. Die industrielle Produktion ist im Vergleich mit der Vorkriegszeit um 30 Prozent gestiegen, was selbstverständlich eine starke Zunahme der umgesetzten Warenmengen zur Folge hat. Das Zurückbleiben der Vermehrung der umlaufenden Geldmenge hinter der allgemeinen Teuerung wird zwar teilweise durch erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes aufgewogen, führt aber gleichzeitig zu einer großen Geldknappheit, die durch die von den Behörden verfolgte restriktive Kreditpolitik als Schutz gegen etwaige Rückfälle in die Inflation absichtlich aufrechterhalten wird. Erst mit der fortschreitenden Währungsstabilisierung wird man auf diese kreditpolitischen Sicherheitsmaßnahmen allmählich verzichten können.

Trotz der großen Kreditbeschränkungen sind aber die öffentlichen Kredite von 966 Mrd. Ende 1948 auf 1018 Mrd. Ende Juni 1949, also um 52 Mrd., die Kredite an die Privatwirtschaft in der gleichen Zeit sogar von 907 auf 970 Mrd. oder um 130 Mrd. angestiegen. Während sich im Jahr 1948 die öffentlichen Kredite nur von 818 auf 966 oder um 77 Mrd. erhöht hatten, sind dagegen die Kredite an die Privatwirtschaft um 377 Mrd. (von 490 auf 867 Mrd.) gestiegen. Dieses gewaltige Anteilgen der Kredite hatte naturgemäß wieder eine starke Expansion des Geldumlaufs zur Folge, doch zeigen die veröffentlichten Ziffern eindeutig, daß hier die Kredite an die private Wirtschaft und nicht die öffentlichen Kredite den Ausschlag gegeben haben. Diese gefährliche Entwicklung konnte nur durch eine einschneidende Krediteinschränkung gebremst werden, die im Herbst 1948 einsetzte und die seither zur Gesundung der französischen Währung entscheidend beigetragen hat. Diese Krediteinschränkungen wurden übrigens im Verlauf des ersten Halbjahres 1949 etwas gelockert, was in der Prozentzahl Steigerung der privaten Wirtschaftskredite zum Ausdruck kommt. Die Konsolidierung der Verhältnisse kann allerdings — wie der jüngste Anstieg der französischen Goldkurse beweist — noch nicht als so gesichert angesehen werden, daß der Markt gegen stimmungsmäßige Einflüsse unbeeinflußbar wäre. In Erinnerung an die Inflationszeit redete man auch — so heißt es in dem Bericht — in manchen Kreisen mit der Möglichkeit von Rückfällen, weshalb auch die Kapitalbildung im Wege der Sparfähigkeit nicht so recht in Gang kommen wolle.

Soweit der Bericht. Die Pariser Börse ist allerdings, wie wir schon oben andeuteten, skeptisch. Zweifellos ist monetär eine gewisse Konsolidierung eingetreten, aber auf einem gefährlich hohen Niveau. Wird die Regierung recht behalten mit ihrer laut gekürzten Zuversicht oder die Börse mit ihrer bekannt guten Nase?

Nach dem letzten Ausweis der Bank von Frankreich sind in der Zeit vom 28. Juli bis zum 4. August der Geldumlauf von 1134,44 auf 1132,15 Mrd. und die Kredite an den Staat von 102,70 auf 100,50 Mrd. Fr. gestiegen.

Im Monat Juli hat die Bank den Gegenwert von 14 Mrd. Fr. in Devisen von dem französischen Devisenfonds übernommen. Die täglichen Eingänge aus dem Devisenverkehr belaufen sich durchschnittlich auf 300 000 Dollar gegen etwa 150 000 Dollar im Juli. Infolge des geringen Kursunterschiedes auf dem offiziellen Freimarkt und dem Parallelmarkt fließen 90 Prozent der Devisen den Banken und von diesen der Staatskasse zu.

Handelsabkommen mit Griechenland

Mit Griechenland wurde ein neues Handelsabkommen abgeschlossen, das für ein Jahr gelten soll und einen Warenaustausch in Höhe von 8 Mrd. Fr. festsetzt. Frankreich wird nach Griechenland hauptsächlich Fische, Chemikalien, Eisen und Stahl, Phosphate, Textilien, Maschinen und Kraftwagen liefern und dafür von Griechenland vor allem Tabak, Erze und landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten.

Vor einem Finanzabkommen mit der Schweiz

Die seit drei Jahren schwebende Frage der Entschädigung für Schweizer Aktionäre der verstaatlichten französischen Betriebe, insbesondere der Elektrizitätsgesellschaften, dürfte in einigen Wochen zur Zufriedenheit der Schweizer Interessenten geklärt werden können. Auf französischer Seite schätzt man jetzt den offiziellen Freimarktkurs als Umrechnungskurs für die den ehemaligen Schweizer Aktionären auszuzahlende Entschädigung anerkennen zu wollen. Vor einem Jahr noch hatte Frankreich den rein theoretischen Kurs von 49,74 ffrs für 1 sfrs vorgeschlagen, während die Schweiz den damaligen Schwarzmarktkurs von 81 ffrs gefordert hatte. Inzwischen ist der Schweizer Franken auf den offiziellen Freimarktkurs in Paris (letzter Kurs 83,35 ffrs) eingeführt worden und die Differenz zwischen offiziellem Freimarkt- und inoffiziellem Freimarktkurs ist unbedeutend geworden (letzter inoffizieller Freimarktkurs 87). Die französische Regierung ist an einer Regelung der Frage um so mehr interessiert, als die „Electricité de France" beabsichtigt, wieder ausländisches und gerade Schweizer-Kapital an ihrem zum Teil steckengebliebenen Modernisierungsplan zu interessieren.

Export nach Brasilien

Mit Brasilien ist eine grundsätzliche Einigung über ein französisches Exportgeschäft im Werte von 31 Mill. Dollar zustande gekommen. Es sollen 90 Lokomotiven und eine Petroleumraffinerie mit einer täglichen Produktionskapazität von 45 000 Faß geliefert werden.

Beteiligung an deutschen Kohlengruben

In Paris wurde unter der Führung der Banque del Union Parisienne die neue Gesellschaft Cie Miniere de Rhenanie mit einem A-Kapital von 500 Mill. ffrs gegründet, die bereits die Anteile der Gewerkschaft Carolus Magnus erworben hat, die ein Kohlenvorkommen im Aachener Bezirk ausbeutet. Diese Anteile befanden sich vor dem Krieg im Besitz von drei französischen Stahlgesellschaften. Ferner wird auch die Gewerkschaft Carl-Alexander von der französischen Eisenindustrie beherrscht und auch die Wendel-Gruppe hat starke Kohleninteressen in Deutschland.

39 Mrd. Fr. aus den Gegenwertfonds

Die französische Regierung erhält aus den Gegenwertfonds 30 Mrd. Fr., die für den Wiederaufbau von Bergwerken, Kraftwerken und anderen Industrieunternehmen verwendet werden sollen. Ein Teil soll außerdem zur Deckung des Fehlbetrages der nationalisierten Eisenbahn dienen.

Anzeigen der Arbeitslosigkeit und der Konkurse

Die Zahl der Arbeitslosen ist von 50 857 im Juni auf 40 947 im Juli gestiegen. Am 1. Januar betrug deren Zahl rund 27 000. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 133 000 im Mai auf 129 000 im Juni zurückgegangen und zeigt auch im Juli eine leicht rückläufige Tendenz.

Die Zahl der Konkurse ist von 351 im Juni auf 343 im Juli gestiegen. An der Spitze steht der Lebensmittelhandel mit 75 Konkursen, dann folgt die Bauindustrie mit 38 und die Metallverarbeitungsindustrie mit 36.

Britische Wohnbaupolitik

Soll Deutschland das System Mr. Bevans nachahmen!

Die Wohnungsbaupolitik Mr. Bevans ist das Paradepferd der Labour Party. Mit Stolz konnte der Gesundheitsminister neulich im Parlament darauf hinweisen, daß in den vier Jahren seit Kriegsende 945 000 britische Familien in neuen, wiederaufgebauten oder neu aufgeteilten Häusern untergebracht worden sind. Etwa eine halbe Million Wohnungen waren im Krieg zerstört worden. 1947 zählte man bereits 137 000 neue stabile Häuser. Im Jahr 1948 kamen 226 000 hinzu. In der ersten Hälfte 1949 sind 101 000 Häuser neu bezogen worden. Bis zum Ende des Jahres werden weit über eine halbe Million seit dem Kriegsende erbaute Häuser zur Verfügung stehen. Man schätzt, daß insgesamt etwa drei Millionen Menschen bereits jetzt in neuen Wohnungen leben können. Das ist in der Tat ein beachtlicher Erfolg. In den ersten Nachkriegsjahren kam noch eine beträchtliche Zahl von Behelfsheimen hinzu. Seit dem vorigen Jahr hat man diese häßlichen Hütten, die als „Nissenhütten" auch in der britischen Zone am Rande der Städte aufgetauscht sind, nicht mehr weiter finanziert.

84% der neuen Wohnungen sind Vierzimmerwohnungen mit drei Schlafräumen, Küche und Bad. Gemessen an deutschen Wohnbauplänen muten diese ziemlich luxuriös an. Der größte Teil dieser Wohnungen ist im typisch englischen Reihenhausstil erbaut. In London und anderen Großstädten hat man riesige große Wohnblocks mit eigenen Schulen, Läden und geselligen Zentren gebaut. Wenn angesichts dieser großen Erfolge die britischen Besatzungsbehörden in Deutschland immer wieder von dem Versagen der deutschen Regierungen im sozialen Wohnungsbau sprechen, muß man ihnen recht geben. Niemand kann bestreiten, daß auch in Deutschland schon ein erheblicher Anfang hätte gemacht werden können, wenn sich die wirtschaftlichen Energien auf die Lösung des Wohnungsproblems als der für unser Volk schlechthin wichtigsten Frage konzentriert hätten. Trotzdem ist das englische Beispiel nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Die Besatzungsmächte selbst hätten niemals zugelassen, daß in Deutschland relativ so hohe Kosten wie in England für Wohnungsbau ausgeworfen worden wären.

Die Finanzierung des Wohnungsbaus erfolgte in England fast vollständig aus öffentlichen Mitteln. Im Jahr 1947 sind an Private nur 31 000 Bauerlaubnisse ausgegeben worden, 1948 sank die Ziffer gar auf 1332. 1949 sind bisher 9000 private Lizenzen erteilt worden. Mit anderen Worten, es gibt in England so gut wie keine private Bautätigkeit mehr. Etwa die Hälfte der Mittel wurde durch staatliche Anlehen an die Baugenossenschaft aufgebracht, jeweils ein Viertel schossen die Gemeinden und die künftigen Mieter zu. Der Anteil des Eigenkapitals ist also weit höher als er in Deutschland für den Massen-Wohnungsbau angesetzt werden könnte.

So vorbildlich die Bauinitiative der Labourregierung erscheint und so sehr sie hoffentlich vom nächsten Jahr ab in Deutschland nachgeifert werden möge, so sehr muß doch davor gewarnt werden, daß die deutsche Bundesregierung etwa alle jene Fehler wiederhole, die in England im Bauwesen in der Nachkriegszeit gemacht worden sind. Diese Fehler sind so groß, daß gerade jetzt die gesamte Wohnungspolitik der Labour Party in eine schwere Krise gerät.

Die Baupolitik der Labourregierung hat nämlich die hoffnungslose Rückständigkeit der englischen Bauindustrie geradezu konserviert und gleichzeitig eine drastische Senkung der Baukosten hintangehalten. Die gleiche Zahl Arbeiter, die 1937/38 304 000 neue Häuser gebaut hat, hat 1947/48 nur 214 000 Häuser zum dreifachen Preis zu erbauen vermocht. Die Wohnungsbaupolitik ist allein Sache des Staates. Die Bauindustrie setzt sich dagegen aus privaten Unternehmern zusammen, die in keiner Weise angereizt wurden billiger zu bauen, weil sie ja die Gewißheit hatten, daß der Staat die unrentierlichen Kosten ohnedies decken würde. In der Grafschaft London betrug das Defizit bei jedem neuen Hause 18 bis 23 Pfund Sterling im Jahr. Die Mieten sind nur unwesentlich erhöht worden, obwohl das Durchschnittseinkommen erheblich gestiegen ist. In Wirklichkeit zahlt also der Steuerzahler einen verschleierten nationalen Mietzuschuß mit. Das ist auf die Dauer höchst ungesund.

Mr. Bevan mußte sich unlängst aus dem eigenen Lager recht unerfreuliche Wahrheiten sagen lassen. Miss Marian Bowley, eine anerkannte Kapazität auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus, schrieb in der „International Labour Review", die englische Bauindustrie habe sich durch das System der Staatssubventionen zu einem gierigen Raubtier entwickelt, sie arbeite mit zu hohen Kosten, mit unerhörter Verschwendung an Menschenkraft und viel zu geringer Produktivität.

Der Vorwurf trifft zwar die Bauindustrie zu Recht, aber man kann es keinem Unternehmer verübeln, wenn er seinen Vorteil wahrt, wenn ein gedankenloses Subventionssystem ihm diese ermöglicht. An eine Verstaatlichung der Bauindustrie denkt selbst im extremen Labourlager natürlich niemand, weil es nur allzu klar ist, daß ein staatliches Bau-Gigantunternehmen noch wesentlich teurer wäre als das jetzige System. Der einzige Schluß, der gezogen werden kann, ist daher, daß eine wirkliche Kostensenkung, vor allem aber eine größere Produktivität und eine drastische Verkürzung der Bauzeiten nur durch Wiedereinführung der freien Konkurrenz möglich ist. Mr. Bevan weigert sich vorläufig, dies zuzugestehen. Er hat aber keine befriedigende Antwort im Unterhaus geben können, als ihn die Opposition konkrete Fragen vorlegte. Der Konservative Walter Elliot konnte daher unwiderlegt feststellen, daß das bisherige System zu einer unverantwortlichen Kapitalvergeudung geführt habe; die letzten Ende durch den Marshallplan gedeckt worden ist.

Nachdem England in einer immerhin großartigen Leistung seine Wohnungs-Kriegsschäden ausgeglichen hat, steht es jetzt vor dem uralten Problem der Räumung und Klärung der Slums. Sie sind noch immer die schlimmsten der Welt, wenn man von den deutschen Bunkern usw. absieht. Es ist vollkommen klar, daß dieses System mit den bisherigen Methoden nicht gelöst werden kann. Schon weigern sich die Gemeinden, verlorene Zuschüsse in der bisherigen Höhe weiter zu zahlen.

Alle diese Erfahrungen müssen berücksichtigt werden, wenn das deutsche Wohnungsproblem endlich großzügig angepackt werden soll. Bauen müssen wir soviel und noch weit mehr wie die Engländer es bereits taten. Aber die Wahl der Methoden muß anders sein. Wir können aus diesen Fehlern lernen!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein Schrittmacher in Österreich

Das Programm der „Vierten Partei" – Interview mit Dr. H. A. Kraus

Von unserem süddeutschen Redaktionsmitglied

K. Salzburg, im August.

Die Herbstwahlen in Österreich gewinnen an Interesse auch im westdeutschen Raum, weil gegenüber den Bundeswahlen von 1945 erstmalig 700 000 ehemalige Parteigenossen, vier herangewachsene Jahrgänge und die inzwischen heimgekehrten Kriegsgefangenen, also mehr als eine Million Neuwähler, an die Urnen treten, die ein Drittel und dazu noch ein ziemlich aktives Drittel der österreichischen Bevölkerung bilden. Sie werden ausschlaggebend für die Frage sein, welchen Weg die Wirtschaft des Bundesstaates in der Zukunft einschlägt.

Eine Voraussage fällt nicht schwer, wenn man sich am Rande der Stadt Salzburg in einem alten Barockbau, dem Sitz des Österreichischen Forschungsinstitutes für Wirtschaft und Politik, mit Dr. Kraus unterhält. Aus dem Zulauf, den seine Versammlungen im ganzen Lande erhalten, aus der Auflagenhöhe seiner Presse und den Abgeordnetenmandaten, die ihm seine Gegner heute schon in ihren Spekulationen für den Herbst einräumen, kann man mit einiger Sicherheit schließen, daß sein „Verband der Unabhängigen" (VdU) das Rennen um die Neuwähler und um den Platz der sog. „Vierten Partei" machen wird. 50 Parteibildungen sind zwar im Gange, von denen eine sich den an die Schönerianer erinnernden Namen „Partei der germanischen und germanisch anverwandten Volksbürgerschaften" zugelegt hat, aber allein die Bewegung des Salzburger Journalisten Kraus hat Aussicht, die Kommunistische Partei von ihrem dritten Platz im Parlament zu verdrängen und zu einer ernsthaften Konkurrentin der beiden Regierungsparteien zu werden.

„Ich sehe das Verhältnis vom Arbeiter zum Unternehmer", sagt uns Dr. Kraus, „wie das Verhältnis des Soldaten zum Kompagniechef an der Front. Wir haben erfahren, daß wir ohne einander nicht auskommen können. Führung und Kameradschaft bedingen sich gegenseitig. Niemand kann sich wünschen, den einen zu unterdrücken und seinen Wohlstand einzusenken oder den anderen abculösen. Ich trete für die Idee einer Gewinnbeteiligung des Arbeiters ein, aber man kann sie nicht gesetzlich befehlen. Sie muß sich aus der Struktur des Betriebes ergeben. Sie hängt von einer vernünftigen Steuergesetzgebung ab, die nicht wirtschaftszerstörend wirkt. Die Betriebe müssen atmen können, d. h. ihre Maschinen erneuern, ihre Leistungen steigern, um exportfähig zu bleiben. Sie müssen sehr viel für die Berufsausbildung der schulentlassenen Jugend tun. Ich bin gegen jede Nationalisierung von Betrieben, durch die nur die Parteibürokratie und der Staatsapparat vermehrt wird. Österreich hat ohnehin bei 6 Millionen Bewohnern 50 000 Beamte mehr als vor 1938. Jedes sozialistische Experiment würde diesen Wahnsinn nur noch vergrößern, statt die Arbeitskräfte produktiven Zwecken zuzuführen. Soweit Betriebe bereits verstaatlicht sind, setze ich mich für ihre Reinigung von Parteibeamten ein. Der gesamte Staatsapparat muß von einer Personalpolitik des Parteiproporzes und der Protektion befreit werden und an ihre Stelle das gediegene Können der Fachleute treten."

Kraus tritt für eine vernünftige Preispolitik ein, die dem Grundsatz der kostendeckenden Preise Rechnung trägt. Das gilt auch für die Landwirtschaft, deren Produktion erhöht und verbilligt werden muß, was nicht ohne durchgreifende Maßnahmen möglich ist, zumal den Gefahren einer weiteren Landflucht entgegenzuwirken ist. Einen für den Absatz der Erzeugnisse unnötwendigen Zwischenhandel will er beseitigt sehen und übermäßige Handelsspannen überwinden. Er bejaht das Recht auf Arbeit und fordert ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf weite Sicht. Hier wird an den Ausbau der Wasserkraft, den sozialen Wohnungsbau und die Entwicklung des Fremdenverkehrs gedacht. Der Klassenkampf gilt Dr. Kraus als ein demagogisches Mittel von vorgestern, das durch die Erfahrungen des Krieges und die Erlebnisse der Soldaten in der Sowjetunion längst überwunden ist. Als Journalist war Dr. Kraus selbst lange genug in Moskau tätig und hat den Marxismus an der Brutstätte seiner wirtschaftspolitischen Experimente studiert.

Den herrschenden Parteien, der rot-schwarzen Regierungskoalition wirft Dr. Kraus vor, eine brutale wirtschaftliche Entnazifizierung betrieben zu haben, es sei ihnen aber keine geistige Überwindung des Nationalsozialismus gelungen. „Wir haben einen roten Putsch erlebt", sagt Dr. Kraus, „und wir lernten die schwarze vor der braunen Diktatur kennen. Wir haben die reichsten Erfahrungen hinter uns, die man sich denken kann. Der „Verband der Unabhängigen" will das Übergewicht der einen oder der anderen Seite verhindern. Denn sonst erleben wir wieder, daß sich die eine Seite auf die Gewerkschaften und den Generalstreik stützt, die andere ihre Macht mit dem Bundesheer befestigt. Wir müssen eine Demokratie verwirklichen, in der wie in den USA die Mehrheit keine Gesetze beschließt, ohne auf die Minderheit Rücksicht zu nehmen." Dem Volk will Kraus ein Anklagerecht wegen Verfassungsbruches einräumen und das Muster der Schweizer Volksbegehren durchsetzen.

„Früher vertrat der Landesbund die Bauern, die Sozialdemokratische Partei Österreichs sprach für die Arbeiterschaft, die Österreichische Volkspartei für Mittelstand und Gewerbe, die Großdeutsche Partei für Akademiker und freie Berufe. Diese Zeiten sind vorüber. Hier befindet sich die Wurzel für die allgemeine Unzufriedenheit mit dem herkömmlichen Parteiensystem. Die Erlebnisse der vergangenen Jahre schweißten uns zusammen. Ohne daß ich es mir zum Ziele gesetzt hätte, habe ich mich heute an der Spitze einer moralischen Volksbewegung."

Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum, die engste wirtschaftliche und kulturelle Verbundenheit mit West- und Westdeutschland fördert am natürlichsten die staatliche Selbständigkeit Österreichs, deren Zukunft von Kraus ausschließlich in einem europäischen Zusammenschluß aller abendländischen Nationen erblickt wird.

Hinter dem Programm von Kraus steckt nicht allein sehr viel realpolitischer Sinn, nicht nur das tragende Erlebnis der Frontkämpfergeneration, nicht nur ein sehr ausgeprägter Instinkt für das Maß als Geheimnis künftiger politischer Erfolge, sondern auch sehr viel jugendlicher Idealismus, den zufreiten und freigiebig zu haben vielleicht das Bedeutsamste dieser heraufkommenden politischen Kraft ist. Weil sie die Nebelwand der weitverbreiteten politischen Apathie überwindet, scheint sie uns aufmerksamer Beobachtung wert.

Rohstoff- und Absatzsorgen der Industrie

1,73 Millionen Dollar Investitionen für die Schuhindustrie

Die österreichische Schuhindustrie, die insgesamt 43 Fabriken und 16 000 gewerbliche Betriebe mit zusammen rund 40 000 Arbeitern und Angestellten umfaßt, ist heute sehr stark im Rückstand. Der Markt steht noch fast zehnjährigen „Bezugscheinregime" vor einem großen Stiefbedarf und es ist eine regelrechte Kaufpanik zu verzeichnen. Die Kapazität der Schuhindustrie wird nur zu 42—48 % ausgenützt und lediglich die Schuhfabrik Köflach in Steiermark und die Fabrik Kitzmantel in Vorchdorf in Oberösterreich konnte bereits 84 % ihrer Kapazität erreichen. Die österreichische Schuhindustrie besitzt keine Serien- und Massenproduktion, die Schuhfabriken haben sich vielmehr aus den Werkstätten des Handwerks entwickelt und sich daher zum Großteil nach dem Konsum und den Städten Wien, Graz und Linz orientiert. Während der vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitete Lederplan in erster Linie die Vorkriegsproduktion erreichen und erst dann später die volle Kapazität ausnutzen und die Erzeugung von 7 Mill. Paar Schuhen sichern will, steckt sich der als Anhang zum Lederplan gedachte Schuhplan kein so großes Ziel. Er faßt nur die Erreichung der ehemaligen Friedensproduktion mit 5,4 Mill. Paar Schuhen jährlich ins Auge. Diese Produktionssteigerung erfordert keine neuen Fabriken, sondern nur die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten. Da seit 1940 der Maschinenpark keine Erneuerung erfahren hat, sind hier Investitionen, die neben der Rationalisierung der Betriebe auch eine Verbilligung der Preise bringen sollen, von schätzungsweise 1,73 Mill. Dollar erforderlich. Um diese Erneuerung der Maschinenanlagen zu beschleunigen und Österreich von der Einfuhr ausländischer Spezialmaschinen möglichst unabhängig zu machen, hat die Fabrik Alberto in Wien im Vorjahr mit der Erzeugung von Lederbearbeitungsmaschinen und der Herstellung von Maschinen-Ersatzteilen begonnen. Dadurch kann Österreich auch beträchtliche Devisenbeträge einsparen. Der Export der österreichischen Schuhindustrie liegt erst in den Anfängen. Die Versuche, die darauf abzielten, die alten Absatzmärkte in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Jugoslawien zurückzuerobern, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden, da sich diese Länder inzwischen eigene Schuhindustrien aufgebaut haben. Auch nach Deutschland und Italien konnte die Ausfuhr noch nicht wieder aufgenommen werden. Als Ersatz dafür öffnen sich neue Absatzmärkte in Großbritannien und Schweden, wobei der Export ausschließlich zur Kompensation der erforderlichen Einfuhr von Chevreaux-, Lackleder und Rohhäuten dienen soll. Da Frankreich und Indien als Lieferanten von Rohhäuten fast ganz ausgeschieden sind, kommt hauptsächlich La Plata als Hauptlieferant in Frage.

Ausfuhr der Zündholzindustrie befriedigend

Österreich hat heute vier Zündholzfabriken, deren Kapazität rund 650 Mill. Schachteln beträgt. Die Produktion ist von etwa 300 Mill. Schachteln im Jahr 1937 auf 365 Mill. im Jahr 1948 und 93 Mill. im 1. Vierteljahr 1949 gestiegen. Die Rohstoffversorgung hat sich gebessert, was wieder eine Besserung der Qualität ausgelöst hat. Da der Inlandsbedarf nur etwa 250 Mill. Schachteln jährlich beträgt, ist die Zündholzindustrie auf Ausfuhr angewiesen, die in letzter Zeit auch bereits eine beachtliche Belebung aufzuweisen hat. 1948 betrug die Ausfuhr 94 Mill. Schachteln und auch im laufenden Jahr liegen bereits namhafte Aufträge vor. Die Ausfuhr selbst basiert auf Kompensationsgeschäften, da die österreichischen Zündhölzer im Verkauf gegen freie Devisen zu teuer wären. Abnehmer der österreichischen Zündhölzer sind fast alle europäischen Länder, vor allem aber Frankreich. In Südosteuropa und im Vorderen Osten, die vor dem Krieg die besten Kunden waren, findet die österreichische Ware einen starken Konkurrenten in den italienischen Zündhölzern, die billiger angeboten werden.

Schweizer Lohnaufträge für die Schokoladeindustrie

Die Schokoladeindustrie, deren Erzeugnisse (Manner, Suchard, Stollwerck, Bensdorp) in der ganzen Welt einen Namen hatten, hat heute hauptsächlich mit Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen. Während der Jahresbedarf Österreichs an Kakaobohnen rund 8000 t beträgt, haben die Behörden in den ersten fünf Monaten 1949 nur die Einfuhr von 3300 t genehmigt, wovon allerdings erst ein kleiner Teil wirklich eingeführt werden konnte. Allgemein begrüßt wurden daher die schweizerischen Lohnaufträge, die zur Lieferung von 713 t Kakaobohnen und zur Ausfuhr von 527 Tonnen Schokolade führten. Dieses Lohngeschäft wird auch im laufenden Jahr fortgesetzt und es konnten bisher bereits 230 t Schokolade ausgeführt werden. Für den Inlandsmarkt verblieb bisher allerdings nur die Lohnquote an Kakaopulver. Diese Verhältnisse ermöglichten natürlich weitgehend Einfuhren — zum Teil unkontrollierbare — aus Frankreich und England, die 1948 etwa 1000 t Schokolade und 400 t Kakaopulver betrugen. Infolge der nunmehrigen Einfuhren von Kakaobohnen ist aber auch österreichische Schokolade wieder erhältlich, die 32 bis 35 Sch je 1 kg kostet und daher billiger ist als die ausländischen Erzeugnisse, deren Preis sich ungefähr auf 30 Sch je 1 kg stellt. Als notwendige Folge dürften die ausländischen Erzeugnisse wohl bald vom österreichischen Markt verschwinden.

Demontage nach feilscher Methode

Seit kurzem besucht eine Kommission der sowjetrussischen Besatzungsmacht Betriebe in Wien und Niederösterreich, der auch Vertreter der volksdemokratischen Staaten angehören. Sie begeht vier bis fünf Betriebe am Tag und bezeichnet nach Besichtigung der Fabrikanlagen, welche Maschinen nach ihrem Gutdünken Eigentum deutscher Staaten sind, das angeblich verschleppt sei. Zeigen die betreffenden Werke Unterlagen dafür, daß die Maschinen irgendwo rechtmäßig gekauft wurden, werden diese Einwände nicht zur Kenntnis genommen. Den Firmen ist die vorläufige Weiterbenutzung erlaubt, jedoch jede Veränderung und Veräußerung der Anlagen verboten. Man hat den Eindruck, daß man sich in Kreisen des sowjetischen Elements durch diese gründliche Bestandsaufnahme klar werden möchte, was man im Falle des Abschlusses des Staatsvertrages und einer Räumung des Landes noch mitzunehmen wünscht.

Tito wird in Wien aktiv

Dieser Tage fanden in Wien Besprechungen zwischen Funktionären Titos und österreichischen Kommunisten statt, deren Ziel die Gründung einer nationalkommunistischen österreichischen Partei ist. Das Kader dieser Gruppe wird auf 10 bis 12 000 Personen geschätzt, die sich aus verbürgerten und enttäuschten Elementen der KPÖ, ausgeschlossenen Parteimitgliedern und Linksradikalen aber nicht russenfreundlichen Elementen zusammensetzen. Von jugoslawischer Seite ist finanzielle Hilfe, Propagandamaterial und Bereitstellung jugoslawischer Sendestationen zugesichert worden.

Kinderelend

Von 820 000 schulpflichtigen Kindern sind 13 %, also 107 000 ohne Vater. Weitere 2 % sind ohne Mutter und 1 % sind Vollwaisen, so daß 16 % aller Kinder in Österreich keine vollwertige Familie besitzen. Geschiedene Ehen sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Belgische Handelsflotte auf Vorkriegsstand

Auftragsbestände der Werften — Nachlassendes Reparaturgeschäft

Einer Mitteilung der belgischen Marineverwaltung zufolge setzte sich die Handelsflotte am 31. 3. 1949 zusammen aus: 98 Hochseeschiffen, einschl. 45 Motorfrachtern mit zusammen 398 867 Brt. Gegenüber dem 1. Januar 1949 beträgt der Zuwachs 7 Einheiten, die Postschiffe des Staates nicht einbegriffen. Damit ist der Vorkriegsstand fast wieder erreicht. Die Vergrößerung der belgischen Schiffsraums auf mindestens eine Million Tonnen halten die Antwerpener Schiffahrtskreise für notwendig, da 90 % aller Ein- und Ausfuhrgüter von fremden Schiffen befördert werden. Industrie und Handel Belgiens und der Kolonie sind nach den angestellten Berechnungen in der Lage, bei Übernahme von 25 % des Gesamtverkehrs eine Handelsflotte von einer Million Brt. zu unterhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, hat das Parlament Mitte 1948 den Gesetzentwurf betr. Errichtung eines Fonds von zwei Milliarden bfr. zum Ausbau der Flotte genehmigt. Damit kam der Zehnjahresplan ins Rollen, doch können nur — unter gewissen Garantien — den Reedereien 200 Mill. bfr. jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Ende April 1949 besaß Belgien 158 Unternehmungen, die sich mit dem Bau von Schiffen und der Reparatur derselben befaßten und die zusammen 15 189 Arbeiter beschäftigten; davon 10 Werften für das Reparaturgeschäft, 50 für den Bau und die Reparatur von Flußschiffen und 11 für den Bau von Fischerbooten. Die Kapazität der 10 Werften beträgt 65 Einheiten mit 114 000 t jährlich, die der Flußschiffe 350 mit 175 000 t und die der Kleinwerften für den Bau von Fischerbooten 60.

Die Gesamttonnage der Ende Juni 1949 in der Welt (ohne Deutschland, Japan und UdSSR) im Bau befindlichen seegängigen Handelsschiffe belief sich nach Lloyds Register of Shipping auf 4,44 Mill. Brt.; davon lagen auf den belgischen Werften 30 Einheiten mit 72 140 Tonnen gegen 24 mit 90 319 Tonnen im ersten Vierteljahr. Die Aktivität im belgischen Schiffsbau ist zu einem erheblichen Teil auf Auslandsaufträge zurückzuführen, doch scheint die Schiffsbaukonjunktur eine Abschwächung zu erfahren. Die Ursachen der nachlassenden Konjunktur werden in den hohen Baukosten (Löhne und Soziallasten) und in dem Mangel an belgischen Devisen gesehen. 60 % aller 1948 in Belgien vom Stapel gelassenen Schiffe betrafen Aufträge für ausländische Rechnung. Der Mangel an Devisen verhinderten Frankreich, Norwegen und Portugal, mehr Aufträge als vorgesehen nach Belgien zu verlegen.

Der nach dem Kriege so lukrative Zweig der Werftindustrie, die Reparatur, die vorwiegend Auslandsaufträge zu bewältigen hatte, ist nicht mehr voll beschäftigt. Von einer Belegschaft von 12 500 Mitte 1947 sind heute 40 % entlassen. Die Lage hat sich inzwischen, dank des Umbaues russischer Schiffe in Eisbrecher, etwas gebessert.

Obwohl die belgischen Werften für die schnelle Durchführung der Aufträge oft bevorzugt werden, so verliert dieser Vorteil zur Zeit wegen der Unsicherheit über die Entwicklung des internationalen Frachtenmarktes wieder an Bedeutung. Ferner erblickt man in Fachkreisen weitere Anzeichen der Abschwächung in dem stärker werdenden Wettbewerb Deutschlands, Hollands, Dänemarks und Italiens.

Krise im Luxemburger Erzbergbau

Im Monat Juni erreichte die Förderung der luxemburgischen Eisenerzgruben 414 188 t gegenüber 413 586 t im Monat Mai. Ausgeführt wurden 134 169 (168 605) t, wovon Belgien 125 466 (134 960) t und Deutschland 28 702 (33 644) t aufgenommen haben. Die Ausfuhr wird bekanntlich von den unabhängigen Grubenbetrieben bestritten, da die Förderung der Hüttenwerke laut Gesetz im Lande verarbeitet werden muß. Diese unabhängigen Gruben befinden sich gegenwärtig in einer krisenhaften Lage.

Seit Anfang dieses Jahres gingen die Lieferungen an Deutschland beträchtlich zurück und fielen im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1949 auf 27 000 t gegenüber 50 000 t im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Für den Monat Juli belaufen sich diese Mengen nur noch auf 20 000 t. Die Ursachen der Verminderung der deutschen Käufe sind finanzieller und wirtschaftlicher Natur. Es fehlt den Abnehmern an den erforderlichen Devisen; andererseits machen sie geltend, daß die wirtschaftliche Lage ihnen nicht erlaubt, größere Mengen Luxemburger Erze zu verhüten.

Auch der andere Abnehmer der Luxemburger Minette, die belgische Hüttenindustrie, hat seit dem 1. Juli ihre Käufe beträchtlich beschnitten; Geschäftsabschlüsse wurden annulliert. Diese Entwicklung wurde durch die Verminderung der Hüttenproduktion in Belgien bestimmt, das auch den Bezug lothringischer und schwedischer Erze stark einschränkt hat, nachdem sich in den Werken ansehnliche Bestände angehäuft haben.

Seit jeher wurden die luxemburgischen unabhängigen Grubenbetriebe zur Deckung von Soltzeausgleichen bei außerordentlicher Erzschfrage seitens der Hüttenindustrie herangezogen und werden auch als erste bei jeder Verminderung der Eisenproduktion in Mitleidenschaft gezogen. Es wird bei diesen Gruben nur gekauft, wenn es kein anderes Mittel gibt, dringende Bedürfnisse zu befriedigen, während umgekehrt bei der geringsten Verlangsamung in der Eisenindustrie, die Nachfrage aussetzt. Der Geschäftsgang der Grubenindustrie ist seit jeher ein ständiges Auf und Ab, das mit den Konjunkturschwankungen der Eisenindustrie periodisch wechselte. Diese Lage wird dadurch verursacht, daß diese unabhängigen Grubenbetriebe nur eine beschränkte Produktion haben, daß sie nur wenig einheitliche Erze fördern und daß die Qualität dieser Erze sehr ab beträchtlich zu wünschen übrig läßt. Der Absatz dieser Gruben hängt in erster Linie von der Konjunktur des Erzmarktes, insbesondere aber von der Nachfrage der deutschen und belgischen Eisenindustrie ab; diese Gruben besitzen nicht die erforderlichen Reserven an Erz und besonders nicht die finanziellen Mittel, um der geringsten Krise zu widerstehen. Sie gehen darauf aus, alle Konjunkturgelegenheiten auszunutzen, lassen aber ihre Betriebe still und entlassen ihre Arbeiter, sobald die Aussicht auf Gewinn schwindet.

Man sucht nun nach Mitteln und Wegen, dieser mißlichen Lage zu begegnen.

Die Gruppierung der Exploitanten in eine einzige Gesellschaft würde sicherlich Abhilfe schaffen, doch von einer solchen Lösung wollen die Grubenbesitzer nichts wissen, da sie weder auf ihre individuelle Unabhängigkeit, noch auf die persönlichen Gewinne verzichten wollen. Die einzige Lösung für die Zukunft besteht im Verkauf eines Qualitätserzeugnisses von stabiler Zusammensetzung mit garantiertem Eisengehalt. Diese Bedingung kann nur durch den Bau einer Anreicherungsanlage verwirklicht werden. Eine solche Anlage erfordert jedoch beträchtliche Geldmittel, bedeutende Erzreserven und die Beteiligung aller Interessenten, einschließlich der Grubenbetriebe, die den in- und ausländischen Hüttenwerken gehören.

Es ist wahrscheinlich, daß auf diesem Wege eine Lösung gesucht werden wird.

Handelsbilanz Columbiens ausgeglichen

Erstmalig seit Kriegsende ein Aktivsaldo von 3,5 Mill. Dollar

Alle Anzeichen, besonders aber die günstige Entwicklung des Außenhandels deuten darauf hin, daß der Tiefpunkt im Wirtschaftsleben Columbiens überwunden sein dürfte. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die politischen Verhältnisse in diesem Lande, der stete Kampf zwischen der liberalen Mehrheit und der konservativen Minderheit, sich viel nachhaltiger auswirken als anderswo und daß das ewigdrohende Gespenst eines neuerlichen Bürgerkrieges auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ungünstig beeinflußt. Deshalb hängt auch für das Wirtschaftsleben Columbiens viel, wenn nicht alles von der politischen Entwicklung der nächsten Monate ab.

Einwandfrei steht fest, daß im Außenhandel des Landes eine Besserung eingetreten ist, die allerdings mit großen Opfern erkauft wurde. Durch die scharfen Einfuhrbeschränkungen konnte im 1. Halbjahr 1949 nicht nur ein Ausgleich der Handelsbilanz erzielt, sondern erstmalig seit Kriegsende sogar ein kleiner Aktivsaldo von 3½ Mill. Dollar erzielt werden. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Einfuhrziffern im 1. Halbjahr 1949 nur 98 Mill. Dollar gegenüber 280 Mill. im ganzen Jahr 1948 betrugen. Die Tatsache, daß auch die Ausfuhr im 1. Halbjahr 1949 von 237 Mill. im Jahr 1948 auf etwas mehr als 100 Mill. abgesunken ist, erklärt sich daraus, daß in dieser Aufstellung noch die Eingänge aus der Kaffeeausfuhr fehlen, die in der zweiten Jahreshälfte höher sind als im 1. Halbjahr.

Die allgemeine Tendenz des columbianischen Einfuhrhandels läßt sich am besten aus einer Gegenüberstellung der Einfuhrziffern der beiden letzten Jahre erkennen. Die Einfuhr industrieller und landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte und Werkzeuge hielt sich in den Jahren 1947 und 1948 ungefähr auf gleicher Höhe und belief sich auf rund 79 Mill. Dollar. Die Einfuhr von Gütern für das Verkehrswesen ging von 42 Mill. im Jahre 1947 auf 30 Mill. im Jahr 1948 zurück und die Einfuhr von elektrischen Geräten, Motoren und Teilen für Elektrizitätswerke in der gleichen Zeit von 23,3 auf 18,3 Mill. Die Zigarettenfabrik ist in dieser Zeit nahezu um die Hälfte abgesunken, und zwar von 3,4 auf 1,8 Mill. Die Zuckereinfuhr fällt fast überhaupt nicht mehr ins Gewicht; sie ist von 1,3 Mill. auf 32 000 Dollar zurückgegangen. Auch die Einfuhr von Reis und Fetten liegt auf der gleichen Linie. 1947 wurden für 2,6 Mill. Reis und für 2,8 Mill. Fette eingeführt, während 1948 die Einfuhr nur noch 319 000 bzw. 216 000 Dollar betrug. Die Kopraeinfuhr ist mit 7,7 Mill. in beiden Jahren fast gleichgeblieben, was schließen läßt, daß der Anbau von Ölfrüchten im eigenen Lande im letzten Jahr eine Ausweitung erfahren hat.

Die Einfuhr von Luxuswaren ist noch immer stark gedrosselt. Allerdings fallen unter diesen Begriff auch zahlreiche Waren, die durchaus kein Luxus sind. Für das kommende Halbjahr hat das Einfuhrkontrollamt neuerdings verschiedene Erleichterungen zugestanden. So werden u. a. Rohstoffe für Fabriken bis zu 18 % der Grundquote des letzten Jahres als erste Zuteilung gegeben. Während diese Rohstoffe zum offiziellen Kurs von 19,4 eingeführt werden können, werden weitere 15 % für Maschinen und Ersatzteile gewährt, die aber mit Devisenzertifikaten zum Kurs von 330 bezahlt werden müssen. Der Handel erhält je nach dem Umsatz 5 bis 10 % der Jahresquote zugeteilt. Diese, wenn auch nicht ausreichenden Zuteilungen ermöglichen es den Fabriken, weiterzuarbeiten, bzw. die wegen Rohstoffmangels unterbrochene Erzeugung wieder aufzunehmen.

Das Wirtschaftsjahr 1948/49 brachte vor allem eine Erhöhung der Kaffeeausfuhr. Wenn diese mengenmäßig auch nur rund 143 000 Sack beträgt, so ergibt sich infolge der höheren Preise doch wertmäßig eine Steigerung um 17, 5 Mill. Dollar. Ausgeführt wurden insgesamt 5,58 Mill. Sack Kaffee im Werte von 228 Mill. Dollar. Davon bezogen die USA 3 137 839 Sack, Europa 188 621 Sack und die übrigen Länder 227 631 Sack.

Wichtig für Columbiens Außenhandel ist selbstverständlich die Erschließung neuer Absatzmärkte. So wurde in den letzten Wochen mit England ein Abkommen abgeschlossen, wonach Columbien 1500 t Reis nach Jamaika liefern soll. Dieses Abkommen ist von größter Wichtigkeit für den Ausgleich der Handelsbilanz mit England, die sich bisher für Columbien sehr ungünstig gestaltete. Gleichzeitig soll zwischen England und Columbien ein direktes Clearing hergestellt werden, was zweifellos den beiderseitigen Handel fördern dürfte. Die neuen Reisausfuhrbestimmungen sichern diesem bedeutenden heimischen landwirtschaftlichen Erzeugnis ergiebige Absatzmärkte. Schließlich hat auch eine große Möbelfabrik Verhandlungen mit Finanzkreisen der Vereinigten Staaten aufgenommen.

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G.m.b.H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Baumwollverbrauch sinkt

Über die Baumwollgewinnung der Welt, den Baumwollverbrauch und die Bestände veröffentlicht das internationale Beratende Baumwollkomitee folgende Zahlen für 1948/49 (Schätzungen):

	1948/49	1947/48
	(in Mill. Ballen)	
Weltbaumwollgewinnung	28,7	35,1
Weltbaumwollverbrauch	27,7	28,7
Bestände zum 31. 7.	15,1	13,1
USA-Baumwollgewinnung	14,6	11,6
USA-Baumwollbestände zum 31. 7.	5,4	3,1

Der Bericht des Beratenden Baumwollkomitees weist darauf hin, daß die Bestände in allen Baumwollländern, mit Ausnahme der USA, abgenommen haben. Der Weltbaumwollhandel werde im kommenden Jahr in stärkstem Maße von der Finanzierung durch das ERP abhängen. Das Baumwollkomitee arbeitet seit 1939 und setzt sich aus Vertretern von 26 Baumwolle anbauenden Ländern zusammen.

Der Landwirtschaftsausschuß des US-Repräsentantenhauses hat einstimmig das Gesetz zur Anbaubeschränkung von Baumwolle auf 21 Mill. acres im Jahre 1950 genehmigt. Die Anbaufläche für Baumwolle in diesem Jahr wird auf 26,4 Mill. acres geschätzt, im Jahre 1948 wurden 22,8 Mill. acres angebaut. Das neue Gesetz beabsichtigt Baumwollernte und -nachfrage unter Berücksichtigung der im Preisstützungsprogramm vorgesehenen Beträge für Beleihung von Baumwolle in Übereinstimmung zu bringen. Es trägt den Namen „Pace-Bill", (Pace demokratischer Senator für Georgia). Es setzt die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen, nach denen das Landwirtschaftsministerium für das nächste Jahr nur eine Beschränkung auf 27,5 Mill. acres verfügen konnte, außer Kraft.

Wolle

Über den Weltaußenhandel in Rohwolle veröffentlicht das Auslandsinstitut des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums folgende Angaben (in Mill. lbs):

Weltaußenhandel in 1948	2 600
1946 rund	5 600

Gegenüber 1947 hat sich der Welthandel in Wolle nur unwesentlich verändert. Nach dem Kriege stieg der Welthandel in Wolle merklich an. Im Durchschnitt der Jahre 1935/39 belief er sich auf nur 2,3 Mrd. lbs jährlich. Die Umsatzsteigerung der Nachkriegsjahre, zumal des Jahres 1946, wurde durch eine noch nie dagewesene Nachfrage in den meisten Verbraucherländern bewirkt, die aus den während des Krieges aufgespeicherten hohen Beständen der Länder der südlichen Hälfte der Erdkugel gespeist werden konnte. Mit Wiedereintreten der europäischen Nachfrage, die teilweise mit Hilfe von Krediten durch die Wolländer befriedigt wurde, verstärkte sich der Umsatz in Wolle ganz außerordentlich. Es mußte der aufgestaute Bedarf der Verbraucher befriedigt, auch mußten die Spinnereien mit Beständen, die ihnen ein geregeltes Arbeiten ermöglichen, ausgestattet werden.

Getreide

Infolge der ungünstigen Witterung dürfte sich nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsdepartements der diesjährige Weizenernte-Ertrag stark vermindern, so daß wahrscheinlich zur Not der eigene Bedarf und die Exporterfordernisse werden gedeckt werden können. Die Befürchtungen wegen eines Weizenüberschusses dürften dadurch hinfällig werden und es ist zu erwarten, daß die Weizenpreise anziehen und vielleicht den staatlich garantierten Abnahmepreis erreichen werden. Inlandverbrauch und Exporte dürften im neuen Erntejahr 1150 Mill. Bushel Weizen erreichen, so daß der erwartete Ertrag von 1188 Mill. Bushels bis auf 38 Mill. Bushels aufgebraucht werden dürfte.

•

Auf Grund einer Aufforderung der Regierung haben die argentinischen Landwirte die Getreideanbauflächen erweitert. So wurde u. a. in der Provinz Santa Fé die Weizenanbaufläche im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr um 25% ausgeweitet. Dafür wurde den Landwirten von Wirtschaftsrat die Aufrechterhaltung „lohnender Preise" und die Bereitstellung von Devisen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen und Ersatzteile zugesichert. Ferner sollen die einheimischen Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen und Ersatzteile herstellen, ausreichende Kredite erhalten. Auch hinsichtlich der Zuteilung von Brennstoffen und Säcken für die Ernterbeiten erhielt die Landwirtschaft Zusicherungen.

•

Nach amtlichen kanadischen Schätzungen werden die diesjährigen Weizenernten in den USA, Kanada, Australien und Argentinien den Ertrag des letzten Jahres nicht erreichen. In den USA ist die Anbaufläche zwar um 5% größer als 1948, doch dürfte der Ernteertrag infolge der schlechten Witterung niedriger sein. In Kanada ist die Anbaufläche mit 27,5 Mill. acres etwas kleiner als im Vorjahr. In Australien und Kanada sollen die Anbauflächen etwas erweitert worden sein, doch dürften auch in diesen beiden Ländern, wie aus argentinischen Fachkreisen verlautet, die Ernteerträge hinter den Erwartungen zurückbleiben. In Europa und in Rußland wird die diesjährige Brotgetreideernte — ebenfalls nach kanadischen Feststellungen — um 5% unter der Ernte des letzten Jahres und um mehr als 10% unter dem Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 liegen. Die Weizenernte dürfte auf der vorjährigen Höhe liegen.

Gummi

Nach einer Statistik der Internationalen Gummistudiengruppe betrug die internationale Gesamterzeugung von Naturgummi im Juni 1949 115 000 t, ist also um 17 500 t geringer als im Vorjahr. Der Weltverbrauch an Naturgummi ist dagegen von 5000 t auf 120 000 t gestiegen. Der Gesamtverbrauch im ersten Halbjahr erreichte 733 500 t gegenüber 690 000 t im Vorjahr. Die Welterzeugung an Naturgummi ist dagegen von 717 000 t im ersten Halbjahr 1948 auf 700 000 t im ersten Halbjahr 1949 abgesunken. Auch beim Kunstgummi hat der Weltverbrauch im Juni mit 40 000 t die Erzeugung um 5000 t übersteigen. Im ersten Halbjahr 1949 betrug die Welterzeugung von Kunstgummi 235 000 t, der ein Weltverbrauch von 237 500 t gegenüberstand.

Der Gummiverbrauch in den USA betrug nach amtlichen Angaben im Juni 46 739 t Naturgummi und 39 935 t Kunstgummi. Die verarbeitete Menge von Naturgummi war etwas höher als im Mai (46 128 t), aber bedeutend niedriger als im Juni 1948. Das gleiche Verhältnis ergibt sich im Verbrauch von Kunstgummi. Ende Juni betrugen die Lager an Naturgummi 103 444 t und an Kunstgummi 106 896 t.

Petroleum

Der Chef der Petroleumabteilung der ECA, Walter Levy, hat den US-Ölgesellschaften nahegelegt, sich einen Teil ihrer Ausfuhr in die Sterlingländer nicht in Dollars, sondern in nichtkonvertierbaren Pfunden bezahlen zu lassen. Er geht dabei von der Erwägung aus, daß infolge des englisch-argentinischen Handelsvertrages die Gefahr bestehe, daß die USA mit ihren Erdölprodukten vom argentinischen Markt gänzlich verdrängt werden könnten und die Wiedergewinnung dieses Marktes nach Ablauf des englisch-argentinischen Vertrages auf Schwierigkeiten stoßen dürfte. Darum sollte die Erdölindustrie einen Teil der Zahlungen für ihre Lieferungen in Pfund annehmen und damit die Kosten der Firmen in den Nicht-Dollarländern finanzieren. Die ECA vertritt die Ansicht, daß die europäischen Länder ihre mangelnden Dollars nicht auf die Weise einsparen sollten, daß sie durch bilaterale Kompensationsverträge das US-Erdöl vom europäischen Markt und den anderen Märkten verdrängten.

Metalle

Die in den letzten Tagen aus den USA kommenden Nachrichten über die wahrscheinliche Weiterentwicklung der Metallmärkte lauten recht optimistisch. Man rechnet damit, daß nach den Ferien die industrielle Tätigkeit wieder zunehmen, und daß damit auch die Kauflust der Verbraucher wieder größer werden wird. Diese Ansicht mag einiges für sich haben, doch sollte man nicht vergessen, daß die Metallpreise auch auf ihrem gegenwärtigen Stand immer noch beträchtlich über den Vorkriegspreisen liegen, und daß die Erzeugungskapazität der Welt für Metalle höher liegt als in der Vorkriegszeit, daß die Produktion den Vorkriegsstand nach einem Sinken in der ersten Zeit nach dem Krieg unter dem Einfluß der hohen Nachkriegspreise in der letzten Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung erfahren hat, daß die Vorräte bei den Erzeugern und Verbrauchern zugenommen hatten, und daß Europa als Metallverbraucher erst in der letzten Zeit wieder im Kommen ist und als Abnehmer überseeischer Metalle oder Erze auftritt, daß die Hortungskäufe der amerikanischen Regierung nicht ad infinitum fortgesetzt werden usw. Es gibt schon genug Anzeichen einer echten Entspannung in der Versorgung. So haben die USA soeben die Ausfuhr für amerikanische Metalle für das 4. Quartal 1949 freigegeben und auch aus Europa werden Metalle, so Blei, am Weltmarkt angeboten. Es wird unter diesen Umständen davon abhängen, ob die von den Erzeugern erwartete Nachfragebelebung wirklich eintritt, oder aber ob die verarbeitende Industrie im Vertrauen auf ein ausreichendes Metallangebot in Zukunft und im Hinblick auf ihren Auftragsbestand es nicht vorziehen wird, nur den laufenden Bedarf zu decken. In diesem Fall könnte die Erwartung der Erzeuger auf einen festen Markt in den kommenden Monaten enttäuscht werden.

Kupfer: Der Kupfermarkt steht gegenwärtig zweifellos im Mittelpunkt des Interesses. Die Rohkupfererzeugung der Welt hat zwar von 217 832 sh/t im März dieses Jahres auf 196 073 sh/t im Mai abgenommen, doch stieg die Raffinadekupfererzeugung, offenbar aus vorhandenen Rohkupferbeständen mit gespeist, in der gleichen Zeit von 186 831 sh/t auf 194 882 sh/t, während der Verbrauch von 198 904 sh/t auf 112 210 sh/t abnahm. Unter diesen Umständen erhöhten sich die Weltkupferbestände von 235 240 sh/t auf 305 713 sh/t und deckten damit bereits damals den Bedarf von über 2½ Monaten auf der Basis des Mailverbrauchs. Sie werden voraussichtlich in den folgenden Monaten noch gestiegen sein, wenn nicht ein weiterer Rückgang der Produktion diese Entwicklung verhindert hat. Der Verbrauch soll in den USA wenigstens die Kupferverkäufe der Erzeuger überschritten haben, ist jedoch zum Teil aus vorhandenen Lägern bei den Verarbeitern gedeckt worden. Übrigens verfügen die Erzeuger ebenfalls über beträchtliche Bestände, die gegenwärtig zurückgehalten werden, weil man auf weitere Preisbesserungen hofft. Vorläufig sind jedenfalls die Preise in USA noch unverändert. Sie betragen loco Mittelwesten 17,75 Cents je lb, im Freiverkehr loco Connecticut Tal und für Export fas New York 17,62 Cents und für Elektrolytkupfer fob Raffinerie 17,50 Cents. London notiert für Elektrolyt frei Käufer unverändert 107 £ 10 sh. Der westdeutsche Preis beträgt 143,50 DM je 100 kg.

•

Blei: Nach Angaben des American Bureau of Metal Statistics haben die Bleibestände bei den Hütten und Raffinerien um 8000 sh/t auf 228 002 sh/t zugenommen. Sie betrugen am 1. Juli 1948 nur 123 203 sh/t. Also auch hier hat sich die Lage wesentlich entspannt. Trotzdem haben die Preise in USA angezogen und das englische Versorgungsministerium ist diesem Vorgehen gefolgt. In Westdeutschland hat man dagegen die bisherigen Preise unverändert gehalten. Das größte westdeutsche Bleivorkommen, die Grube von Mechernich, ist nämlich schon bei den gegenwärtigen Preisen, die indem noch von einer Absatzstockung in den letzten Wochen begleitet waren, in Schwierigkeiten geraten, und muß Regierungshilfe in Anspruch nehmen. Zahlen aus den USA zeigen, daß der Bleiverbrauch zumindesten in den letzten Monaten gegen das Vorjahr rückläufig war. Die neuerlich bessere Kauftätigkeit hat keine wesentliche Wirkung auf die Vorratshaltung der Erzeuger gehabt. Trotzdem hat man den Preis in USA loco New York von 14,75 Cents je lb auf 15 bis 15,12 Cents heraufgesetzt, loco East St. Louis notiert Blei 14,80 bis 14,97 Cents, für Export fas Golfhäfen 14,62 Cents. Die englischen Notierungen wurden vom Versorgungsministerium für englisches Blei frei Käufer mit 88 £ 15 sh je t festgesetzt und für Auslandsblei mit 87 £ 5 sh. Der westdeutsche Preis ist mit 118 DM für 100 kg unverändert.

Zinn: Dieser Markt ist weiter von den Preisveränderungen an den anderen Metallmärkten nicht berührt worden. Die Versorgung ist mehr als ausreichend, und alles deutet darauf hin, daß die Produktion in der kommenden Zeit weiter zunehmen wird. Politische Unruhen im Fernen Osten könnten die saisonbedingte Erzeugung möglicherweise ungünstig beeinflussen. Bisher war dies jedoch noch nicht der Fall, und die Zinnerzförderung hat sich von den Kriegsfolgen überraschend schnell erholt. Die Nachfrage der amerikanischen Regierung nach Zinn für Hortungszwecke wird von den Engländern im Interesse des Dollarzufkommens zweifellos nicht ungern gesehen, doch betrachten sie den zunehmenden amerikanischen Import fernöstlicher Zinnkonzentrate durch die Longhorn-Zinnhütte als eine ernsthafte Störung ihrer Interessen. Die Lage ist heute aber eine andere als nach dem ersten Weltkrieg. Wenn die Verbraucher den Zinnpreis als ungerechtfertigt hoch empfinden, und das ist schon seit einiger Zeit der Fall, werden sie zu anderen Werkstoffen, wie Aluminium beispielsweise abwandern, und die Erzeuger werden zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Einsenkung ihres Absatzgebietes rechnen müssen. Die technische Entwicklung bleibt schließlich nicht stehen. Amerikanischer Preis 1,03 Dollar je lb, englische Notierung 560 £ je t und westdeutscher Preis 800 DM je 100 kg.

Zink: Am Zinkmarkt ist die Nachfrage wenigstens in den Vereinigten Staaten gut. Die europäischen Verarbeiter sind jedoch infolge der Dollarknappheit kaum in der Lage, amerikanische Ware zu beziehen. Zink hat bisher die Preiserhöhungen in USA nicht mitgemacht. Auch die englischen und westdeutschen Notierungen blieben unverändert. Wenn man von dem für Westdeutschland verlorenen oberschlesischen Zink absieht, wird sich die europäische Zinkerzeugung in Westdeutschland und in Belgien, aber auch in den anderen europäischen Ländern dem Verbrauch bald soweit angepaßt haben, daß man auf Einfuhren amerikanischen Zinks verzichten kann. Schließlich waren die USA vor dem Krieg in geringem Umfang ein Zinkeinfuhrland. Nur für England war Kanada vor dem Krieg der Hauptlieferant. Es wird auch für die Folge Dollar zahlen müssen. Amerikanische Notierungen: loco East St. Louis 10 Cents je lb, Prime Western Export fas 9,50 Cents, Elektrolytzink 11 Cents. Westdeutscher Preis 100 DM je 100 kg.

Aluminium: Aus dem größten Aluminium erzeugenden Land, den Vereinigten Staaten, wird jetzt gemeldet, daß die Nachfrage auf dem Inlandsmarkt zurückgeht. Die Aluminiumerzeuger streben deshalb eine Erhöhung der Ausfuhrkontingente an. Man rechnet damit, größere Mengen in den skandinavischen Ländern — die übrigens selbst bemüht sind, ihre Aluminiumerzeugung zu steigern — auf den Philippinen, in Venezuela, Südafrika, Indien, Israel usw. abzusetzen. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Permanente Metals Corporation drei regierungseigene Anlagen mit einer Leistungsfähigkeit von rund 750 000 t im Jahr für 16 Mill. Dollar erworben hat. Das bedeutet, da sich die Privatindustrie nicht auf eine Staatshilfe verlassen kann, daß diese Werke erzeugen müssen, und daß für die Folge mit weiteren Produktionserhöhungen zu rechnen ist. Es sollte nicht überraschen, wenn für die kommende Zeit ein scharfer Konkurrenzkampf am Weltaluminiummarkt in Erscheinung tritt. Die Amerikaner mit ihrem in den Kriegsjahren ausgebauten Erzeugungsapparat dürften dabei eine sehr starke Position haben. Amerikanische Notierung 17 Cents je lb, englischer Preis 95 £ 10 sh und westdeutscher Preis 173 DM je 100 kg.

PERSONALIEN

Dipl.-Ing. **Dr. Eugen Nesper**, Berlin, eine der heute noch lebenden wenigen Pioniere der drahtlosen Telegraphie, aus der 1923 der Deutsche Rundfunk entstand, konnte kürzlich seinen 70. Geburtstag begehen.

Direktor **Martin ter Veen**, der erste Vorstandsbeamte der Landes-Zentralbank, Zweigstelle Bielefeld, ist in den Ruhestand getreten. Als Nachfolger wurde der bisherige zweite Vorstandsbeamte, Direktor **Paul Andess**, Bielefeld, bestimmt.

Generaldirektor **Richard Heikaus** in Fa. Rheinische Linoleumwerke, Bedburg, wurde zum Ehrenmitglied der Bonner Industrie- und Handelskammer gewählt.

Direktor **Dr. rer. pol. Fritz Gaeth**, der nach der Entflechtung des Mannesmann-Konzerns aus dem Vorstand der Mannesmann-Werke austrat und kaufmännisches Vorstandsmitglied der neugegründeten Westdeutschen Mannesmannröhren AG. wurde, vollendete sein 50. Lebensjahr.

Rudolf Siedersleben und **Georg Gasper**, bisher persönlich haftende Gesellschafter der Firma Otto Wolff, Köln, sind ausgeschieden. In der jetzigen Kommanditgesellschaft sind persönlich haftende Gesellschafter **Otto Wolff** und **Otto Wolff von Amerongen**.

An Stelle des ausgeschiedenen **Dr. Karl Beck** ist bei der Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Hannover (zur Zeit Bad Salzdetfurth), **Walter Vetel** zum Vorstandsmitglied bestellt worden.

Generaldirektor i. R. **Otto Marke** ist aus dem Vorstand der Eisen- und Hüttenwerke AG., Köln, ausgeschieden.

Dr.-Ing. **Robert Scherer**, Krefeld, wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Deutschen Edelstahlwerke AG. in Krefeld bestellt.

Dr. Otto Lind, Düsseldorf, wurde zum stellvertretenden Geschäftsführer bei der Henkel & Co. in Düsseldorf bestellt.

Dr. Friedrich Kirchhoff, Teilhaber der Firma Stephen White & Co., Iserlohn, wurde kürzlich 80 Jahre alt. Dr. Kirchhoff ist seit 1901 Vorsitzender des AR der „Deutsche Babcock & Wilcox Dampfkessel Gesellschaft AG., Oberhausen (Rhld.)", der Portlandzementwerke „Westerwald" und langjähriges Mitglied des Verwaltungsrates des Deutschen Museums in München. 1928 verlieh ihm die Technische Hochschule Karlsruhe den Ehrendoktortitel.

Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Albert Schreiber, Köln, vollendete kürzlich sein 70. Lebensjahr. Dr. Schreiber setzte als erster in Deutschland den Plan einer Großkraftenzeugung und Fernstromversorgung auf Braunkohlengrundlage in die Tat um.

Inlandsbörsen

FRANKFURT: lebhaft

Bei lebhaftem Verkehr zu Wochenbeginn erfuhren die Aktienkurse eine durchschnittliche Erhöhung bis zu 1 Proz. Spezialwerte festigten sich sogar bis zu 2 Proz., so u. a. Eßlinger Maschinen, Junghans, Brown Boveri und RWE. Montanwerte erzielten durchweg Erhöhungen bis zu 1 Proz. Dagegen brückelten Gutehoffnungshütte um ¾ Proz. ab. Der Rentenmarkt zeigte bei behaupteten Kursen geringen Umsatz. Es notierten ABG 19¼, BMW 18¼, Conti-Gummi 32¼, Daimler 23¼. Von Großbanken gingen Deutsche Bank mit 5¼, Commerzbank mit 5¼ und Dresdner Bank mit 5¼ um. Von Freiverkehrswerten notierten DI. Waffen 8, Rosental Porzellan 38 und Phrix 11.

MÜNCHEN: fester

Gegen Mitte der Vorwoche zeigte sich eine festere Haltung durch und das Geschäft verlagerte sich mehr auf die im Freiverkehr gehandelten Rhein-Ruhr-Werte, sowie Kali- und Erdölwerte, bei denen Kursgewinne von 1 bis 3 Proz. erzielt wurden. Heimische Werte waren vernachlässigt und teilweise ergaben sich hier Kurseinbußen. Es notierten: Augsburger 63¼, BMW 19¼, Daimler 23, Heidelberger Zement 48, Mannesmann 16, Rosental Porzellan 39¼, Tuchfabrik 38, Würzburger Hofbräu 35.

HAMBURG: Überwiegend fest

In der abgelaufenen Woche zeigte sich bei zunehmender Geschäftstätigkeit überwiegend feste Haltung, wobei die führenden Papiere um 1 bis 3 Proz. anzogen. Im Vordergrund standen Bergbauaktien, besonders Gutehoffnungshütte mit 21¼ bis 24 und Rheinbraunkohle mit 41—43. Am Rentenmarkt ergaben sich bei Pfandbriefen Erhöhungen bis ¼ Proz. Auch Industrieanleihen waren fest. Es notierten: Dt. Erdöl 18¼—19, Hamburger Hochbahn 23¼ bis 24, Continental 30¼.

DÜSSELDORF: zuversichtlich

In Erwartung einer liberaleren Wirtschaftspolitik des kommenden Parlaments setzte in der vergangenen Woche eine zuversichtlichere Stimmung ein. Die Aktienmärkte waren infolgedessen überwiegend fest. Die geplante schnellere Entflechtung der Ruhrkonzerne konzentrierte das Interesse besonders auf Montanwerte, die fast durchwegs um 2 Proz. anzogen. Der Kuxenmarkt lag ebenfalls fest. Es notierten: Roesch 14¼, Klöckner 14, Mannesmann 18, Rheinstahl 14, Gutehoffnungshütte 24, Eisenhütte Köln 14, Rhein. Braunkohle 43, RWE 37—38.

Notenkurse im Zürich am 23. Aug.

1 $ USA	3,93	3,95
1 £ England	11,30	11,45
100 Fr Frankreich	1,—	1,04
100 bfr Belgien	8,63	8,68
100 Hfl Holland	101,—	106,—
100 Kr Norwegen	49,—	53,—
100 Kr Schweden	68,—	71,—
100 Kr Dänemark	49,—	53,—
100 Lit Italien	0,64	0,67
100 Sch Österreich	15,40	16,30
100 Kr Tschechoslowakei	1,10	1,50
100 Esc Portugal	14,50	15,—
100 Ptas Spanien	9,75	10,—
100 £ Türkei	0,80	1,—
100 Pes Argentinien	38,—	41,—
1 £ Israel	8,70	9,20
100 DM	66,—	68,—

Abonnieren Sie unser Blatt
und geben Sie uns damit die Möglichkeit, Sie laufend über die interessantesten und neuesten wirtschaftlichen Ereignisse in aller Welt zu unterrichten.
An die „WIRTSCHAFTSREVUE" Karlsruher Büro — Karlsruhe, Veilchenstraße 35

Bestellschein
Liefern Sie mir / uns die „WIRTSCHAFTSREVUE" Unabhängige Europäische Wochenschrift
ab _____ 1949 durch die Post / unter Streifband
zum Monatsbezugspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto
a) laufend b) für 1 Probemonat
Name / Firma _____
Beruf / Branche _____
Ort und Straße _____
Datum: _____ (Unterschrift)
(Nichtgewünschtes bitte zu streichen)

Eine nützliche Anschaffung für jeden: Das vielseitig verwendbare Amerikanische Feldbett DM 8.95 Für Haus, Garten und Gemüsebaubetriebe, Zusammenklappbar, stabil, mit starkem Segeltuch bezogen, aus Hartholzleisten, leicht zusammenbaut und in jedem Zustand. Falls nötig auch eine Seite ernten, bitte verwenden, ob solche gegen Nachnahme von DM 8.— erwünscht. Frachtspesen (oder wenigstens Bahnen bitte Bahnstation angeben)! Nachnahmeversand. Für unschädlicher Versuch. Postkarte genügt. Versandhaus SÜD-WEST, Ulm / Donau, Postfach 65.

„Steyr" Vollcabriolet, 3 ltr. in tadellosem Zustand preisgünstig abzugeben. Zuschriften unter F 1050, Wirtschaftsrev., Kbe., Veilchenstr. 35

„Freie Mahlkapazität" Sind in der Lage, monatlich bis zu 3000 t Produkte der Industrie Steine und Erden, der Bauindustrie-Industrie usw. zu vermahlen. Staatliche Regierungsstellen Tätigkeitsbereich vorhanden. Angebote unter F 1037 an Wirtschaftsrevue, Kbe., Veilchenstr. 35

Diesel-LKW 5 t, Marke „Graf & Stift", Baujahr 1951, 100 PS, Motor überholt, Fluck bereit, Bereitg. 1975. LKW, lackiert, u. repariert, wird als überholtes zum sofort Schlüsselfertig verk. Angeb. unter 1140 an WR, Kbe., Veilchenstraße 35.

Wir geben billigst ab: Eiche-Herrenzimmer bestehend aus: Bücherschrank 200 cm breit, Schreibtisch 160 cm breit. Bücherschrank, roh, 200 cm lang, Marke Gelbe 101 auf Wunsch lackiert, Bettcouch, 90/190 cm, mittelbraun gebeizt u. ölfarben lackiert, Angeb. unter F 1035 an Wirtschaftsrev., Kbe., Veilchenstr. 35.

Erdbohr- und Brunnenbaugeräte „Tetra", mittlere Bauart, und der neue Filterbrunnenbohrer Allmählich, Fried. Wetzenberg, ges. 1912, Ellmarsbach-Chemnitz

Benzin-Kanister von Alfred Hudler, Hamburg 1, Schulterwall 49—50.

Buchh. und Steuerbüro Unternehmerin, seit 24 J. kaufm. tätig, Steuerbüro (bis 25 000 bis 30 000), s. a. gegen Mitarbeit an nur erstkl. Fachkraft. Angeb. u. F 1142 WR, Karlsr., Veilchenstraße 35.

Täglicher Luftfracht-Dienst nach 77 Städten in USA
AOA Spezialisten im Luftverkehr nach USA
Auskunft durch Ihren Spediteur oder American Overseas Airlines
Frankfurt, Taunus-Straße 52 Berlin, Flughafen Tempelhof

DM 3000.— gegen hohe Verzinsung od. spätere Werkbeteiligung für Durchführung erforderlicher Vorbereitungen zur Produktionsaufnahme vollkommen neuartiger und zukunftsreich patentierter, durch D.R.P. u. Gebrauchsmuster des Bewerbers gesetzlich geschützt. Eilangebote unt. F 1040 Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

Trauring, Zeichengeräte, Zeichenkarton, Millimeterpapier, Lagerhaltungsp., Diagrammatrill, Registrierpap., Beilag. usw. ind. Bedarf, Angb. u. F 1034 WR, Karlsr., Veilchenstr. 35.

Erfindungen i. USA, erprobt und patentfähig, verwertet sowie Firma mit guten Verbindungen zur Industrie. Dr. Clemens, Ing. schriftlich, z. Zt. Frankfurt/Main, Hotel Monopol-Metropol.

Zahlungen in der Ostzone zu günstigem Kurs und bei schnellster Abwicklung E. Schimmelpfeng & Co. Berlin W 15 — Kaiserallee 49